Hintergründe der Entwicklung in Polen Seite 10

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 35 vom 29. August 1980 14. Jahrgang 1 DM

Heraus zum Antikriegstag!



ZAHLREICHE AKTIONEN finden in den nächsten Tagen und Wochen aus Anlaß des Antikriegstages am 1. September statt, überall in der Bundesrepublik. Sie drücken die wachsende Sorge um den Frieden aus, die immer mehr Menschen in unserem Land verspüren. Genossen und Freunde unserer Partei sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen und den Friedensplan unserer Partei in dieser Bewegung populär zu machen.

Terrormaßnahmen gegen VOLKSFRONT-Wahlkampf

Polizei beschlagnahmt VOLKSFRONT-Plakate

Am vergangenen Samstag machten Streifenwagen der Polizei in Aschaffenburg und anderen bayrischen Städten Jagd auf Miet-LKWs von Interrent. Eine beispiellose und großangelegte Polizeiaktion war in Gang gesetzt worden. Aber sie galt nicht etwa einer Diebesbande, Rauschgifthändlern oder sonstigen Kriminellen. Es wurde Jagd gemacht auf die Mitglieder und Helfer der VOLKSFRONT, die an diesem Tag mit dem Aufstellen der Stellschilder für den Bundestagswahlkampf begannen.

Diesen Stellschildern galt der Einsatz der uniformierten Staatsmacht. Teilweise wurden sie von den LKWs weg beschlagnahmt. An anderen Orten wurden Kollegen der VOLKSFRONT beim Aufstellen der Schilder von Streifenwagen-Besatzungen regelrecht überfallen; wie auf frischer Tat ertappte Verbrecher mußten sie ihre Personalien feststellen lassen und wurden oft sogar auf die Reviere geschleppt. Wer hatte diese Polizeiaktion ausgelöst? Was wurde damit bezweckt?

Unmittelbar verantwortlich dafür zeichnet der Staatsanwalt Scheurig in Aschaffenburg. Er hatte — ohne daß ein richterlicher Beschluß vorgelegen hätte — die Beschlagnahmeaktion verfügt. Eine Begründung dafür wurde jedoch bis zum Redaktionsschluß am Montag der VOLKSFRONT nicht mitgeteilt. Nach Erklärungen, die einzelnen Kollegen der VOLKSFRONT von Polizisten gegeben wurden, die die Beschlagnahme durchführten, soll das auf die Stellschilder geklebte Plakat den Tatbestand der Beleidigung, Verächtlichmachung oder gar der Volksverhetzung erfüllen. Es zeigt den Kandidaten Strauß als Stier; darüber ist die Parole zu lesen: „Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!"

Für jeden normalen Menschen ist eine solche Begründung für die Beschlagnahmeaktion vordergründig, an den Haaren herbeigezogen. Aber dennoch wurden bis zum Beginn der Woche in Bayern offenbar alle Stellschilder der VOLKSFRONT, falls sie nicht schon vorher kassiert worden waren, wieder abgeräumt. Und die Aktion wurde im Verlauf des Wochenendes auch auf andere Bundesländer ausgedehnt. Ein Beispiel: Vor der Wohnung des Detmolder Direktkandidaten der VOLKSFRONT, Volker Wiemann, fahren sechs Streifenwagen vor. Angeführt von einem Staatsanwalt beschlagnahmt das Polizeikommando alle in der Wohnung befindlichen Wahlplakate. Und beschlagnahmt wurde am Wochenende unter anderem auch in Hildesheim und Osnabrück; in Bremerhaven wurde zumindest der Versuch dazu unternommen.

Dieser massive Polizeiterror gegen eine sich zur Wahl stellende Partei steht in der Geschichte der Bundesrepublik bislang einzig da. Die von Aschaffenburg aus in Gang gesetzte, aber offenbar aus der Zentrale der Strauß-Partei gesteuerte Aktion ist der Versuch, mit dem vollen Einsatz von Justiz und Polizei die Aktivitäten der einzigen Partei in diesem Wahlkampf zu unterdrücken, die eine wirkliche Alternative zu Strauß und seinem Programm bietet. „Freiheit oder Sozialismus" lautet die Wahlparole der Strauß-Leute. Und hier zeigt sich wieder einmal in aller Deutlichkeit, welche Art die Freiheit ist, die sie meinen.

Schluß mit der Beschlagnahme von Wahlplakaten der VOLKSFRONT! Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!

30 000 demonstrierten gegen Strauß

HAMBURG.— Hamburg glich am Montag vergangener Woche einer Stadt im Belagerungszustand. Der Wahlkampfauftritt des Kanzlerkandidaten zog mindestens 3 000 Polizisten in die Hansestadt. Wie ein Magnet das Eisen. Aber dennoch marschierten rund 30 000 Menschen durch die Innenstadt.

Ein breites Bündnis verschiedener Organisationen, darunter auch die VOLKSFRONT, hatte zu der Demonstration aufgerufen.

Der SPD-Senat sorgte allerdings dafür, daß Strauß seine Hetzreden ungestört und sozusagen in geschlossener Gesellschaft in der Ernst-Meck-Halle vom Stapel lassen konnte. Anträge auf Genehmigung einer Demonstrationsroute zur Kundgebungshalle wurden samt und sonders abgelehnt. Als ein kleiner Teil des Demonstrationszuges trotz des enormen Polizeiaufgebotes den Versuch unternahm, von der genehmigten Route abzuzweigen, ging die Polizei sofort mit rücksichtsloser Brutalität vor. Sie knüppelte nicht nur auf die ausscherenden Demonstranten ein, sondern warf auch Tränengasgranaten in den Teil der Demonstranten, der auf dem genehmigten Weg weiterzog.

Unter der werktätigen Bevölkerung Hamburgs herrschte Empörung über die Polizei-Belagerung der Stadt, die schon seit dem Vormittag andauerte. Der Busverkehr in der Innenstadt war eingestellt worden. Pausenlos erließ der Rundfunk Aufrufe, daß die Innenstadt zu meiden sei.

Die Saat einer Hetzkampagne geht auf

Bomben auf Asylsuchende

Bundesweit organisierter rassistischer Terror

HAMBURG.— „Betroffen" war Hamburgs Bürgermeister Klose, betroffen war angeblich sogar ein „Bild"-Zeitungsredakteur. Über den Tod eines vietnamesischen Lehrers im Hamburger Asylantenwohnheim Halskestraße. Er war Opfer eines Bombenanschlages auf das Heim in der Nacht vom 22. August geworden.

Dieser Bombenanschlag war nicht der erste. Bereits vor einigen Tagen war eine Bombe im Ausländerlager Zirndorf gefunden worden, eine Woche zuvor waren im südbadischen Lörrach zwei Äthiopierinnen durch eine Bombe im Asylantenlager schwer verletzt worden, am selben Freitag schoß ein Unbekannter auf ein Ausländerheim in Lahr (Baden), aller Ereignisse innerhalb kürzester Zeit.

Aber: Diese abscheulichen Verbrechen kommen nicht grundlos. Seit Monaten findet in der Presse und im Fernsehen eine extrem breitgewalzte Kampagne gegen die Asylsuchenden statt, wird, offen gesagt, bodenlos gehetzt. Und die Verwaltungen verschiedener Städte, unterschiedlicher Parteizugehörigkeit übrigens, haben am lautesten nach Maßnahmen gegen den angeblichen Asylantenstrom, den es in Wirklichkeit, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, gar nicht gibt, gerufen. Verschiedene Bundesländer und die Bundesämter selbst haben solche Maßnahmen getroffen, und das Asylrecht einschneidend eingeengt.

Natürlich versuchen diese Herren in ihrer Schamlosigkeit jetzt noch diese Ereignisse auf die Ausländerfeindlichkeit „der Deutschen" zu schieben. Aber sie selbst tragen einen großen Teil der Verantwortung, indem sie das nötige Klima geschaffen haben. Hier tun Maßnahmen not. Vor allem gegen die Kampagne „Ausländer raus" und ihre dubiosen Hintermänner. Und natürlich gegen die Mörder.

Diese Woche

Schwere Wahlbehinderung
Genosse Horst-Dieter Koch, Mitglied des Politbüros der KPD, nimmt Stellung zu den Polizeiaktionen gegen die Aktivitäten der VOLKSFRONT zur Bundestagswahl. Lesen Sie seinen Kommentar auf Seite 2.

Bonner Hochrüstungsprogramm
Eine Militärpolitische Bilanz der Schmidt-Regierung zieht auf Seite 3 unser Chefredakteur, Detlev Schneider.

Schatten der bevorstehenden Lohnrunde
Im Vorfeld der bevorstehenden Lohnrunde schreien die Unternehmer lauter denn je nach Lohnverzicht. Auf Seite 4 konfrontieren wir diese Propaganda mit einigen wirtschaftlichen Tatsachen.

Morddrohung gegen DGB-Funktionär
In Bamberg häufen sich die Provokationen faschistischer Banden. Auch die offiziell aufgelöste Wehrsportgruppe Hoffmann mischt eifrig mit. Der Kreisverband des DGB erhebt in diesem Zusammenhang schwere Vorwürfe über das Verhalten der Polizei. Näheres auf Seite 6.

Neokoloniale Ausbeutung
Mehr als 800 Millionen Menschen leben weltweit in tiefem Elend. Auf Seite 11 befassen wir uns mit Ursachen und Nutznießern der Armut in den sogenannten Entwicklungsländern.

Die Streikbewegung wurde immer stärker

Gierek opfert seine Mannschaft

Heuchlerische Unterstützung im Westen

WARSCHAU.— Nach den ständigen geheimen Tagungen des Politbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) vom Wochenende wurde der Beschluß bekanntgegeben, daß fünf Mitglieder des Politbüros ihre Funktionen aufgeben müssen, darunter auch Ministerpräsident Babiuch.

Gierek zeigte sich in Anbetracht der unverminderten Wucht der Streiks der polnischen Arbeiter, die zunehmend auch ins Landesinnere übergreifen als sehr „reformbereit". Nicht nur daß er prominente Vertreter seines eigenen politischen Kurses opferte, er versprach auch „grundlegende Änderungen" der Gewerkschaftspolitik in Polen.

Während die verschiedenen revisionistischen Parteien Europas sich immer schwerer tun, die polnischen Ereignisse zu beschönigen und allgemein als einige Schwierigkeiten hinzustellen, polarisiert sich die Reaktion der Parteien des Kapitals gerade auch in der Bundesrepublik. Während die Regierung neue Kredite ankurbelt, wie auch in den USA, und die SPD von einer großen Niederlage der Kommunisten spricht, jubelt die offene Reaktion, die hier gegen jeden Streik, gegen jede Forderung der Arbeiter hetzt, die polnischen Arbeiter zu Vorkämpfern für einen kapitalistischen Staat nach westlichem Muster hoch.

Zweifellos zeigen sich in dieser Bewegung schädliche Einflüsse vor allem durch die klerikale Bewegung: aber die grundlegenden Forderungen der Arbeiter, diejenigen, auf die sich der Kampf zuspitzt, Lohnerhöhungen, Stop des Exports benötigter Waren und eine bessere gewerkschaftliche Vertretung sind Arbeiterforderungen, die aus den eigenen Interessen gewachsen sind.



Polen: Schlangestehen nach Fleisch. Für die Werktätigen ist es knapp und teuer, weil die Regierung ihre Westkredite mit Exporten bezahlt. Die abermalige Verteuerung im Juli war Anlaß der Streikbewegung.

Kommentar

Offensichtlich CSU-eigene Staatsanwälte und Polizeichefs inszenieren eine in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartige Beschlagnahmeaktion gegen die Wahlplakate der VOLKSFRONT. Wagenladungen mit Stellschildern beschlagnahmt, aufgestellte Schilder in den meisten bayrischen Städten von der Polizei abgeräumt, Mitglieder der VOLKSFRONT festgenommen und stundenlang auf Polizeirevieren festgehalten — Jagdszenen aus Bayern.

Freie Wahlen?

Freie Wahlen — nicht in Brasilien oder Südafrika, sondern in dem angeblich freiesten Rechtsstaat, der je auf deutschem Boden existiert hat. Wahlbehinderung ist ein reichlich schwaches Wort für das, was da am letzten Wochenende vor allem in Bayern, aber nicht nur dort, gelaufen ist und möglicherweise bundesweit forgesetzt werden soll. Hier soll die konsequenteste an der Wahl teilnehmende Kraft gegen die schwarzbraune Reaktion schlicht und einfach ausgeschaltet werden. Sicher, die VOLKSFRONT wird nicht ausgeschaltet werden können, weil sie sich auf die Einsatzbereitschaft und das kämpferische Engagement ihrer Mitglieder stützen kann. Eine Sache, die auch der lange Arm des Franz Josef Strauß nicht aus der Welt schaffen kann. Die VOLKSFRONT wird trotz dieses Terrors einen erfolgreichen Wahlkampf zum Nutzen und zur Stärkung der antifaschistisch-demokratischen Bewegung in unserem Land führen. Daran werden weder Herr Strauß noch seine von ihm aufgeputschten faschistischen und fanatisierten Hilfstruppen, die gegenwärtig in rasender Wut die Werbeschilder der VOLKSFRONT zerstören, etwas ändern. In diesem Kampf wird unsere Partei die VOLKSFRONT mit aller Kraft unterstützen.

Die Behauptung von den grundgesetzlich vorgeschriebenen gleichen Chancen der Parteien im Wahlkampf war zweifellos auch schon vor dieser Aktion gegen die VOLKSFRONT kein besonders guter Witz. Aber durch diese Aktion, durch die der VOLKSFRONT zunächst einmal in ganz Bayern und in mehreren Städten Niedersachsens die Möglichkeit der Plakatwerbung weitgehend genommen wird, wird sie vollends zur Farce. Das kann nicht hingenommen werden. Die in einer Presseerklärung angekündigte Absicht des Bundesvorstandes der VOLKSFRONT, die Bundestagswahl anzufechten, ist deshalb ein richtiger Schritt im Kampf dagegen, daß verfassungsmäßige Rechte mit Polizeistaatsmethoden außer Kraft gesetzt werden.

Denn polizeistaatlich ging es ohne Zweifel bei dieser Aktion gegen die VOLKSFRONT in Bayern zu. Da braucht es keine juristischen Begründungen. Da braucht es nur ein paar eilfertige Staatsanwälte, die die Sache veranlassen und ansonsten erklären, sie hießen Hase und wüßten von nichts. Den Rest regelt die Polizei. Tage nach Beginn der Beschlagnahmeaktion ist immer noch unklar, wer im einzelnen wo die Beschlagnahme angeordnet hat. Klar und eindeutig ist nur der Auftrag an die Polizei: abräumen!

Die Polizei in Bayern so unverhohlen als Kampftruppe des Franz Josef Strauß und der CSU eingesetzt zu sehen — das ist der beklemmendste Eindruck, den diese Aktion hinterläßt. So weit sitzt die schwarzbraune Reaktion mit Strauß an der Spitze in Bayern schon im Sattel, daß innerhalb von wenigen Stunden im letzten Kuhdorf die Polizei aufmarschiert, wenn ein Wahlplakat zum Kampf gegen Strauß aufruft. Das ist die Freiheit, die Strauß und Konsorten meinen, wenn sie ihre Parole Freiheit statt Sozialismus krakeelen: der Polizeistaat.

Deshalb betrifft dieser Terror gegen die VOLKSFRONT nicht nur die VOLKSFRONT selbst. Diese Polizeiaktion gegen die VOLKSFRONT ist eine Herausforderung für jeden Demokraten und Antifaschisten. Strauß und seine Maffia führen uns heute in Bayern und wo sie sonst noch die Möglichkeit dazu haben, vor, was sie demnächst im ganzen Bundesgebiet praktizieren wollen.

Das beschlagnahmte Plakat der VOLKSFRONT rückt diese von Strauß ausgehende Gefahr gut ins Bewußtsein der Menschen. Eben darum wurde es beschlagnahmt. Es zeigt aber auch, wie dieser Gefahr zu begegnen ist. Ein Recklinghauser Kumpel formuliert es durch das VOLKSFRONT-Plakat inspiriert so: Den Stier bei den Hörnern packen!

Horst-Dieter Koch

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

VOLKSFRONT-Wahlplakate beschlagnahmt

„Beispiellose Wahlbehinderung"

Presseerklärung der VOLKSFRONT

Am Sonntag gab der Bundesvorstand der VOLKSFRONT eine Presseerklärung zu der Beschlagnahmeaktion gegen Wahlplakate heraus, die wir nachfolgend im Wortlaut veröffentlichen.

Der Bundesvorstand der VOLKSFRONT protestiert entschieden gegen die massive Wahlbehinderung, die seit Samstag, den 23. August von Polizeibehörden gegen den Wahlkampf unserer Partei ausgeübt wird.

Diese Wahlbehinderungen, die in der Geschichte der Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland beispiellos sind, begannen im Bundesland Bayern, offensichtlich auf Beschluß der Staatsanwaltschaft Aschaffenburg, die heute nicht zu erreichen war:

In Bamberg, Coburg, Schongau, Aschaffenburg, Fürstenfeldbruck, Weilheim, Nabburg, Amberg wurden zahlreiche Stellplakate, die Mitglieder der VOLKSFRONT bereits aufgestellt hatten, von der Polizei wieder abgeräumt, beziehungsweise ganze Wagenladungen beschlagnahmt! Und auch über Bayern hinaus, soweit bisher bekannt in Bremerhaven und Hildesheim, wurden Plakate beschlagnahmt. Mitglieder der VOLKSFRONT, die beim Aufstellen von Plakaten tätig waren, wurden in verschiedenen Orten zur Feststellung der Personalien auf Polizeireviere gebracht.

Das betreffende — zentrale — Wahlplakat der VOLKSFRONT, das Franz Josef Strauß als wütenden Stier zeigt und die Hauptlosung unseres Wahlkampfes „Stoppt Strauß! Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!" trägt soll, wegen der bildlichen Darstellung, angeblich den bayerischen Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten der CDU/CSU beleidigen und den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen — so wurde es betroffenen Mitgliedern der VOLKSFRONT gesagt.



Die Beschlagnahmungsaktion gegen das zentrale Wahlplakat unserer Partei stellen einen äußerst massiven Eingriff der Behörden gegen das Recht unserer Partei auf Wahlbeteiligung dar. Uns stellt sich diese Maßnahme dar als bisheriger Höhepunkt eines ganzen Kataloges von Maßnahmen, mit denen unser Wahlkampf behindert wurde. Als Beispiel der Einschüchterung sei hier das Vorgehen des Dortmunder Wahlamtes genannt, das Unterzeichner von Unterstützungslisten für unsere Wahlteilnahme brieflich aufforderte, sich abermals zu ihrer Unterschrift zu bekennen, das Vorgehen verschiedener Ordnungsämter, die die Zahl unserer Plakate massiv einschränkten, bis hin zur Zertrümmerung von Wahlplakaten in organisierter Weise durch neofaschistische Gruppen. Zur selben Zeit hängen von den Behörden unbehellig die NPD-Hetzplakate mit der Losung „Ausländer raus" in verschiedenen großen Städten und finden ihre Ernte in den Bombenanschlägen auf Asylsuchende.

Aus all diesen Gründen erklärt der Bundesvorstand nicht nur seinen Protest gegen diese massive Wahlbehinderung und seine Absicht, dagegen vorzugehen, sondern auch seine Absicht, diese Wahl anzufechten.

Dr. Wolfgang Schulz zu der Beschlagnahmeaktion

„Getroffene Stiere schnauben"

Der „Rote Morgen" bat telefonisch den Würzburger Dramaturgen und Schauspieler, Dr. Wolfgang Schulz, um eine kurze Stellungnahme zu der Beschlagnahmeaktion der Polizei und Staatsanwälte gegen die VOLKSFRONT. Dr. Wolfgang Schulz ist Direktkandidat der VOLKSFRONT in Würzburg. Im folgenden seine Stellungnahme.

„Man könnte sagen, ein Stier sieht rot, ein Gedanke, der mir auch schon vor der Beschlagnahmeaktion beim Anblick des Plakates gekommen ist. Wenn ich das richtig sehe, ist dies ja überhaupt die erste Beschlagnahmung von Wahlplakaten in der Geschichte der Bundesrepublik. Diese Aktion der Polizei in Zusammenarbeit mit der Justiz zeigt natürlich, wie richtig es ist, daß gerade die VOLKSFRONT den Kampf gegen Reaktion und Faschismus führt. Die bundesrepublikanische Polizei und Justiz haben dadurch wieder einmal ganz eindeutig ihren reaktionären Charakter enthüllt. Man könnte vielleicht auch kabarettistisch sagen, getroffene Siere schnauben halt. Weiter sieht man an dieser Sache auch, wie notwendig es ist, daß die VOLKSFRONT für Freiheit und Demokratie kämpft. Hier soll von vornherein eine kleine Partei mundtot gemacht werden, die es geschafft hat — trotz der Schwierigkeiten, die ihr in den Weg gelegt worden sind, z.B. im Hinblick auf das Sammeln der Unterschriftenlisten —, daß man mittlerweile doch von ihr und ihren Zielen zu sprechen beginnt."

Personalknappheit in Krankenhäusern

DÜSSELDORF.— Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Professor Müller, bestätigte in der letzten Woche gegenüber der Presse die immer gespanntere Personallage an den westdeutschen Krankenhäusern. Wurde bisher der Kritik der Werktätigen im Gesundheitswesen von offizieller Seite als stets mit amtlichen Statistiken geantwortet, die beweisen sollten, daß alle Vorwürfe, die vor allem vom in der ÖTV organisierten Pflegepersonal kamen, unbegründet seien, so ist dies in den letzten Wochen, nach zwei entsprechenden Fernsehsendungen, bereits das dritte Mal, daß die Situation nun auch von Ärzten anders dargestellt wird.

Nach Angaben der DKG fehlen zu den 67 000 beschäftigten Ärzten weitere 20 000, um eine ausreichende und qualifizierte Versorgung an den Krankenhäusern zu gewährleisten. Zu den 260 000 Schwestern werden nach Angaben der DKG — mindestens — noch weitere 28 000 benötigt.

Professor Müller kritisierte dabei ausdrücklich die bisherige Praxis und die Behörden. So gab die DKG an, zwischen 30 und 50 Prozent der Bewerber um eine Ausbildungsstelle für Pflegeberufe würden abgewiesen. Gesundheitsministerien und Krankenkassen hätten viel zu lange an längst überholten Bedarfszahlen festgehalten und dem Personal überlange Arbeitszeiten zugemutet.

Neue Preiserhöhungen für Energie

DORTMUND.— Verschiedene Energiekonzerne, darunter auch die VEW in Dortmund und vor allem der Monopolbetrieb RWE sowie auch die Ruhrkohle AG haben in den letzten Tagen abermals Preiserhöhungen angekündigt.

Am unverschämtesten sind die Monopole dabei beim Erdgas. Nachdem sie eine jahrelange Kampagne für Erdgas als billigen Energieträger gemacht haben, treiben sie jetzt, da der Markt gesättigt ist, die Neubestellungen für Gasheizungen stark zurückgehen, völlig willkürlich die Preise hoch. So wurde von verschiedenen Unternehmen angekündigt, nach der bereits feststehenden Preiserhöhung zum 1. Oktober werde es eine weitere am 1. Januar und eine dritte am 1. April geben — und überhaupt, so ein Konzernsprecher, müsse man sich auf vierteljährliche Preiserhöhungen für Erdgas einrichten!

Das unverhüllte Ziel der Monopole ist es, den Preis für Erdgas auf das Niveau des Preises für Erdölprodukte zu heben, um so, ohne weitere Anstrengungen noch höhere Profite zu erzielen.

Bezeichnend ist auch, daß bei der zur selben Zeit angekündigten weiteren Preiserhöhung der Ruhrkohle AG gerade der Hausbrand, also der Koks für den Einzelverbraucher überdurchschnittlich verteuert wird, während Industriekohle wesentlich weniger angehoben wird. Der Raubzug der Energiemultis wird also weiter fortgesetzt.

VOLKSFRONT in Frankfurt mobilisierte gegen Strauß

Starke Polizeikräfte riegelten den Römerberg ab

Nazi-Schläger gingen gegen Wahlaktivitäten der VOLKSFRONT vor

FRANKFURT.— Der Frankfurter Römerberg glich am Freitag einer Polizeifestung. Dennoch konnten Tausende von Strauß-Gegnern den Auftritt und die Hetzreden des Kanzlerkandidaten erheblich stören. Etwa zu gleicher Zeit versuchten faschistische Schläger mit Terrormethoden die Aufstellung von Wahlschildern der VOLKSFRONT zu behindern.

In Frankfurt hatte sich unter maßgeblicher Beteiligung der VOLKSFRONT ein Aktionsbündnis „Gemeinsam gegen Strauß" gebildet, das für den Freitag nachmittag eine Anti-Strauß-Demonstration organisierte. Über 500 Menschen beteiligten sich trotz massiver Einschüchterungsversuche der Polizei an der Demonstration. Polizeieinheiten, ausgerüstet mit Schilden und Knüppeln, begleiteten den Zug auf seiner gesamten Route. Alle Zufahrtsstraßen zum Römerberg waren von der Polizei abgeriegelt.

Am Abend zuvor hatte die VOLKSFRONT an der Demonstrationsroute ihre Stellschilder zur Bundestagswahl mit der Parole „Stoppt Strauß!" aufgestellt. Organisierte Banden beseitigten jedoch in der Nacht zum Freitag sämtliche Stellschilder. Die Schilder sind bislang verschwunden. Am Samstag stellte die VOLKSFRONT dann im ganzen Frankfurter Stadtgebiet ihre Schilder auf. Dabei wurden zwei Aufsteller von einer Nazi-Bande überfallen und zusammengeschlagen. Einer der beiden mußte im Krankenhaus behandelt werden.

Auf dem Römerberg wurde die Rede von Strauß von einem ständigen Pfeifkonzert begleitet. Teilweise war trotz der starken Lautsprecheranlagen von Strauß nichts zu hören. Von den ca. 20 000 Menschen auf dem Römerberg war nur ein Teil aus Sympathie für die CDU/CSU gekommen. Viele trieb die Neugier auf den Römerberg. Die Zahl der engagierten Strauß-Gegner wird mit etwa 5 000 geschätzt. Mehr als ein Dutzend Wasserwerfer und über 1 000 Bereitschaftspolizisten bildeten einen drohenden Wall um den Kundgebungsplatz.

Bonner Hochrüstungsprogramm

Die stärkste Kriegsmaschine in Westeuropa

Militärpolitische Bilanz der Schmidt-Regierung

„Sicherheit für Deutschland" — unter dieser Losung tritt die SPD im Bundestagswahlkampf an. In einer der letzten Ausgaben des RM haben wir diese Parole für den Bereich der sogenannten inneren Sicherheit untersucht, und wir haben festgestellt, daß die Schmidt-Regierung in bislang ungekanntem Maße den Gewaltapparat des Bonner Staates (Grenzschutz, Polizei, Geheimdienste usw.) aufgerüstet hat. Nicht zum Schutz der Werktätigen, sondern zur Unterdrückung der Klassenkämpfe, zur Vorbereitung auf den Bürgerkrieg. Und wie sieht es mit der „äußeren Sicherheit" aus?

Zunächst einmal kann die sozialliberale Koalition hier eine Bilanz vorweisen, die in Westeuropa ihresgleichen sucht, allerdings eine äußerst fragwürdige Bilanz. Nach Angaben des Bonner Kriegsministeriums nämlich haben sich **die „Ausgaben für Rüstungsbeschaffungen von 1970 bis 1980 um rund 120 Prozent erhöht"**. In diesem Jahr haben die realen Militärausgaben die schwindelnde Höhe von 60 Milliarden Mark erreicht. **Damit entfallen auf jeden Bundesbürger, gleich ob Säugling, Erwerbstätiger oder Greis, 1 000 Mark, die für den Ausbau der Militärmaschine des westdeutschen Imperialismus verwendet werden.**

Aber selbst die erwähnten 60 Milliarden Mark, die in verschiedenen Posten des diesjährigen Haushaltsplanes untergebracht sind, waren den Schmidt, Genscher und Apel noch nicht genug. Schon im Frühjahr wurde ein Nachtragshaushalt beschlossen, in dem noch einmal 1,02 Milliarden für die Rüstung bereitgestellt wurden — bei Kürzungen vor allem im Bereich der Sozialausgaben.

Ein großer Teil dieser Milliardensummen geht direkt in sogenannten Beschaffungsmaßnahmen, das heißt in die Beschaffung neuer Waffensysteme. Gegenwärtig läuft das, was Kanzler Schmidt einmal das „größte Rüstungsprogramm seit Christi Geburt" bezeichnet hat, die „Runderneuerung" der Bewaffnung von Heer, Marine und Luftwaffe. Sie umfaßt die Ausrüstung der Bundeswehr mit den folgenden neuen Systemen:

- **Heer:** Kampfpanzer Leopard 2, Flugabwehrpanzer Gepard, Raketenpanzer Roland, Transportpanzer 1, Spähpanzer Luchs, die sogenannte Kraftfahrzeug-Folgegeneration
- **Luftwaffe:** Tornado, Spionagesystem AWACS, Alpha-Jet, verschiedene Hubschraubertypen
- **Marine:** Fregatte 122, Schnellboot 143 A, Minenräumsystem Troika

Dieses gigantische Beschaffungsprogramm, das in den nächsten Jahren abgeschlossen werden soll, scheffelt Milliardengewinne in die Kassen der Rüstungskonzerne wie Siemens, Thyssen, Flick oder MBB. Sein Umfang wird gegenwärtig mit 55 Milliarden Mark angegeben. Dazu muß allerdings gesagt werden, daß Bonn den Waffenschmieden sogenannte gleitende Preise gewährt. Das bedeutet, sie können faktisch nach Belieben im Laufe der Entwicklung und Produktion ihrer Systeme die Preise immer weiter nach oben treiben. **Gezahlt wird jeder Preis — es sind ja letztlich die Gelder der werktätigen Steuerzahler, aus denen sich die Rüstungskonzerne mästen.** Ein Beispiel für diese „gleitenden Preise": Für den Tornado war 1970 ein Gerätesystempreis von 28 Millionen Mark pro Stück vereinbart worden. Inzwischen ist er auf 67,36 Millionen hochgeschnellt, und Experten aus Apels Ministerium gehen davon aus, daß 1988, wenn die letzten 322 Tornados abgeliefert werden, der Preis die 100-Millionengrenze erreicht haben wird.

Wozu dieses gewaltige Arsenal neuer Waffen, mit dem Bonn seine Stellung als stärkste Militärmacht Westeuropas weiter ausbaut? Um unsere Sicherheit zu garantieren, sagen die Bundesregierung und die SPD. Und all die Leopards und Tornados, so versichert man uns, dienen nur der Verteidigung unseres Landes gegen einen möglichen Angriff aus dem Osten. Ähnlich äußerte sich auch der Generalinspekteur des Heeres, Pöppel, bei der Vorstellung des Kampfpanzers Leopard 2 (den man im Bonner Kriegsministerium gerne als „besten Panzer der Welt" bezeichnet). Der Leopard 2 — so Pöppel — ermögliche durch seine hohe Beweglichkeit die Überraschung des Gegners, die bei einem zahlenmäßig unterlegenen Verteidiger entscheidend für einen erfolgreichen Ausgang des Gefechtes sei.

Hier hat sich der General allerdings verplappert. Denn der Überraschungseffekt, auf den es den Bundeswehr-Strategen ankommt, liegt ja wohl kaum beim Angegriffenen, sondern er kann stets nur vom Angreifer nutzbar gemacht werden. **Hier** zeigt sich unter den hohlen und ständig wiederholten Phrasen von der Verteidigung, auf welchen Zweck hin die neuen Waffensysteme tatsächlich geplant und gebaut werden. Ihre vielseitige Verwendbarkeit, ihre erhöhte Beweglichkeit und vermehrte Feuerkraft soll in allererster Linie aus der Bundeswehr eine effektive und schlagkräftige Maschine für den Angriffskrieg machen. Hinter der Schwärmerei des Generals Pöppel über den Überraschungseffekt der neuen Panzerwaffe steckt nichts anderes als die alte „Blitzkrieg"-Strategie des deutschen Imperialismus.

Diese Tatsache wird nicht nur durch die Bewaffnung der Bundeswehr, sondern auch durch die Veränderungen in ihrer Organisationsstruktur belegt. So setzte Apel vor zwei Jahren eine Heeresreform in Kraft, deren Kern eine tiefgreifende Veränderung beim Territorialheer ist. Dieser Teil des Heeres soll nach offiziellem Verständnis der „Verteidigung des Hinterlandes" dienen; wäre also die Bundeswehr wirklich eine rein defensive Streitmacht, käme ihm eine besondere Bedeutung zu. **Nach Apels Heeresreform jedoch werden gegenwärtig aus dem Territorialheer sechs mit Angriffswaffen ausgerüstete Reservebrigaden gebildet, die „bei Bedarf vorne" eingesetzt werden, also das Angriffspotential der Bundeswehr verstärken sollen.**

Ein weiterer Bestandteil der Apelschen Heeresreform ist die verstärkte Einbeziehung von Reservisten, was faktisch eine personelle Aufstockung des Bonner Militärapparates bedeutet. Und die SPD-Führer planen noch weitere Schritte bei der fortschreitenden Militarisierung — allerdings erst für die Zeit nach der Wahl. In diesem Jahr hatte schon der Wehrbeauftragte Berkhan (SPD) die Verlängerung des Kriegsdienstes und noch mehr Reservistenübungen gefordert. Und Apel selbst kündigte vor einige Monaten an: **„Wir diskutieren gegenwärtig eine ganze Palette an Lösungsmöglichkeiten: mehr Berufssoldaten, Verlängerung der Wehrpflicht, Freiwilligenverwendung von Frauen in der Bundeswehr."**

In diesen Rahmen der allseitigen Militarisierung gehören auch die Beschneidung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung, die zunehmende militaristische Propaganda, wie sie etwa in den öffentlichen Rekrutenvereidigungen zum Ausdruck kommt, die verstärkte Tätigkeit des MAD auch im zivilen Bereich usw.

„Sicherheit für Deutschland"? Die maßlose Aufrüstung der Bundeswehr, die zunehmende Militarisierung aller Lebensbereiche dienen nur den imperialistischen Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Und diese Interessen, die Schmidt und seine Regierung rückhaltlos verteidigt und umgesetzt haben, sind allerdings ein **Unsicherheitsfaktor** ersten Ranges für unser ganzes Volk. Am deutlichsten zeigt sich das gegenwärtig in der Nibelungentreue des Bonner Staates und seiner Parteien zu den amerikanischen „Verbündeten" und ihrem offenen Kriegskurs. Was immer Washington gefordert hat in den letzten Monaten — stets konnte auf die eilfertige Ausführung der Befehle durch die Bundesregierung gerechnet werden: Zustimmung zum Bau der Neutronenbombe, Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen, Olympia-Boykott, Iran-Boykott usw., usf.

Wir haben im RM wiederholt dargestellt, daß diese uneingeschränkte Bindung an die NATO und die amerikanischen Kriegstreiber sich notwendigerweise verhängnisvoll und lebensbedrohlich für unser Land auswirken muß. Das gilt besonders in Hinblick auf die neuen amerikanischen Atomkriegsstrategien, deren gefährliche Absicht darin besteht, atomare Schläge gegen die sowjetische Supermacht vom Boden unseres Landes aus zu führen; Strategien, die von der eiskalt kalkulierten Hoffnung getragen werden, daß solchermaßen die amerikanischen Imperialisten ihr eigenes Territorium aus einer atomaren Auseinandersetzung heraushalten und stattdessen Deutschland und Mitteleuropa zum Schlachtfeld eines neuen Atomkrieges machen können.

Diese Konsequenzen einer Einbeziehung unseres Landes in die amerikanischen Kriegspläne liegen klar auf der Hand; sie sind unter anderem auch von ehemaligen Bundeswehrgenerälen wie Bastian oder Baudissin bestätigt worden. Warum aber hat die Schmidt-Regierung nicht den geringsten Versuch unternommen, unser Land aus der gefährlichen Bindung an die amerikanischen Kriegstreiber herauszulösen? Sie handelt auch hier im Interesse ihrer Auftraggeber, der Monopolherren. Natürlich sind auch die westdeutschen Imperialisten nicht blind gegenüber der heraufziehenden Kriegsgefahr, die sich hauptsächlich aus der zunehmenden Konfrontation der beiden Supermächte ergibt. Aber sie wollen sich aus deren Rivalität, aus deren Kampf um Rohstoffe und Einflußgebiete, der immer schärfer entbrennt, gar nicht heraushalten. **Sie wollen in diesem Kampf — auch dann, wenn er bis zum Krieg eskaliert — ihre eigenen imperialistischen Raubinteressen wahren. Sie wollen sich in einem kommenden Krieg zwischen den Supermächten um die Weltherrschaft aktiv mitmischen, um sich einen möglichst großen Teil der zu erwartenden Beute zu sichern — wobei es ihnen in erster Linie um die nach dem letzten Weltkrieg für sie verlorenen Gebiete geht.**

Das ist der Grund für die oben beschriebene Verstärkung des Angriffspotentials der Bundeswehr, für deren Aufrüstung zur mächtigsten Kriegsmaschine in Westeuropa. Das ist der Grund für die Eingliederung der Bundeswehr in den von Washington kommandierten Kriegsblock NATO. Und diese Raubinteressen der westdeutschen Monopolbourgeoisie, für die unser Land bedenkenlos zum Schlachtfeld eines kommenden Atomkrieges bestimmt wird, hat die Schmidt-Regierung gegen alle Widerstände der Werktätigen und sogar innerhalb der eigenen Partei brutal durchgesetzt. Nichts spricht dafür, daß nach einem Wahlsieg der Koalition im Oktober diese Politik auch nur um ein Jota geändert würde.

Ist das „Sicherheit für Deutschland"? Niemals! Das ist der sichere Weg in den Krieg — mit all den kaum vorstellbaren Folgen für unser Land. Und da soll die Bestätigung der sozialliberalen Koalition bei der Bundestagswahl eine Alternative zum Machtantritt eines Strauß darstellen? **Sicherheit für Deutschland — das kann heute in erster Linie doch nur heißen, die lebensgefährliche Bindung der Bundesrepublik an die NATO zu lösen; die BRD muß aus dem von den amerikanischen Kriegstreibern befehligten Militärpakt austreten und einen Kurs der Neutralität einschlagen. Sicherheit für Deutschland — das erfordert aber auch den Kampf gegen die wahnwitzige Aufrüstung in unserem Land und gegen jede Form der Militarisierung. Und von den zur Bundestagswahl antretenden Organisationen ist es allein die VOLKSFRONT, die sich konsequent für ein solches Programm einsetzt.**

Detlef Schneider

Neue Waffensysteme



Anzeige für das Kampfflugzeug Tornado

Produktion des Kampfpanzers Leopard 2

Die Fregatte 122 (Zeichnung) ist jetzt im Rohbau fertig

Lohnrunde 1980/81

Schon tönt wieder der Schrei nach Lohnverzicht

Die Unternehmerlügen widerlegen und den Lohnkampf vorbereiten!

KÖLN.— Die Unternehmerverbände haben ihre Propagandaoffensive in bezug auf die kommende Lohnrunde bereits eröffnet. Obgleich sie im vergangenen Jahr eine wahre Gewinnexplosion zu verzeichnen hatten, schreien sie unverfrorener denn je nach Lohnverzicht.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in Köln hat eine Erklärung veröffentlicht, in der sie sich gegen eine Stärkung der Kaufkraft des arbeitenden Volkes durch echte Lohnerhöhungen wendet und stattdessen von den Gewerkschaften Maßhalten in der nächsten Lohnrunde fordert. Ins gleiche Horn stieß in einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk auch der Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Mann. Notwendig — so der BDI-Chef — sei eine Stärkung privater Investitionen, und die Voraussetzung dafür seien niedrige Lohnabschlüsse.

Ganz unverhohlen äußerte sich auch der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, in der „Bild"-Zeitung: Die Lohnabschlüsse der kommenden Lohnrunde sollen noch niedriger als 1979/80 liegen!

Dabei weiß jedes Kind, daß die Tarifabschlüsse vom vergangenen Frühjahr bereits erheblich hinter den Preissteigerungen zurückgeblieben sind. Die meisten Arbeiter und kleinen Angestellten mußten eine spürbare Verminderung ihrer Realeinkommen hinnehmen. Und auch jetzt rollt die Teuerungswelle weiter, besonders bei Nahrungsmitteln sowie den Heiz- und Wohnkosten.

Auf der anderen Seite konnten sich die Herren der Monopole und Banken in letzter Zeit unglaubliche Profite unter den Nagel reißen. Und zwar bewegen sich die Gewinnsteigerungen zum Teil in kaum mehr faßbaren schwindelerregenden Höhen. Das betrifft nicht nur die Ölmultis und Energiekonzerne, wenngleich sie natürlich die Rekordlisten anführen. Nehmen wir einige Beispiele aus einer Aufstellung des kapitalistischen Wirtschaftsmagazins „Wirtschaftswoche": **Die Steigerung des Jahresüberschusses im vergangenen Jahr betrug gegenüber 1978 bei der Deutschen BP 942,1 Prozent, bei der Preussag 142,2 Prozent, bei der VEBA 67,4 Prozent, bei Krupp 89,7 Prozent, bei Thyssen Edelstahl 130,4 Prozent, Kabelmetall 367,8 Prozent, Audi NSU 40,3 Prozent, BASF 48,3 Prozent, Chemische Werke Hüls 270,3 Prozent usw. usf.**

Diese Zahlenreihe mit ähnlichen Steigerungsrekorden ließe sich noch lange weiterführen. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die Herren in den Chefpalästen der Banken, Versicherungen und Industriemonopole im vergangenen Jahr in einer wahren Flut von Milliardenprofiten baden konnten. Man ist versucht, den Vergleich zu dem berühmten „Onkel Dagobert" aus Walt Disneys Comik-Welt zu ziehen.

Angesichts dieser Tatsachen wird deutlich, welcher Hohn es ist, wenn die Profithaie jetzt von uns Arbeitern und unteren Angestellten verlangen, daß wir unseren Gürtel weiter zusammenziehen sollen. Es ist einzig und allein die hemmungslose, unersättliche Gier nach immer höherem Profit, aus der dieses absurde Geschrei zu erklären ist. Wenn die Herren jetzt wieder mit der Angst vor weiterer Unsicherheit der Arbeitsplätze spekulieren, so ist dies nackter Zynismus. Die Verlogenheit des Unternehmerargumentes, daß niedrige Löhne und hohe Profite angeblich die Voraussetzung für die Sicherung der Arbeitsplätze seien, wird immer deutlicher.

Würde dieses Argument stimmen, so müßte in diesem Jahr ein sprunghafter Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sein. Wir haben ja gesehen, daß einerseits die Reallöhne gesunken sind, während die Konzernherren ihre Profite beispiellos in die Höhe treiben konnten. Aber was ist nun eingetreten? Die Arbeitslosigkeit nimmt einen Anstieg, wie schon seit Jahren nicht mehr. Eine neue Welle von Stillegungen, Arbeitsplatzvernichtung und Massenentlassungen rollt über uns hinweg. 1980 ist das Jahr, da die Phase des Konjunkturaufschwungs durch eine neue wirtschaftliche Rezession abgelöst wird, die im kommenden Jahr ihren Höhepunkt erreichen soll.

Sofern die „private Investitionsbereitschaft" der Unternehmer durch niedrige Löhne und Superprofite gefördert wurde, investierten sie nicht etwa für die Sicherung oder Erhaltung und schon gar nicht für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, sondern einzig und allein im Interesse ihrer Profitmaximierung, d.h. zugunsten von Rationalisierung und Produktionsverlagerungen ins Ausland, zugunsten verschärfter Angriffe auf unsere Arbeitsplätze.

Wir müssen den Kollegen die Lügen der Unternehmerpropaganda deutlichmachen. In der Gewerkschaft muß eine Lohnpolitik durchgesetzt werden, die sich kompromißlos gegen die Profitinteressen des Kapitals wendet. Den Kampf für echte Lohnerhöhungen jetzt vorbereiten — das ist dringende gewerkschaftliche Notwendigkeit!



„Offensiver Kampf für höheren Lohn!" Rüsten wir uns für die bevorstehende Tarifrunde! Die Unternehmerpropaganda für Lohnverzicht hat bereits begonnen.

Erfolg für Bankangestellte

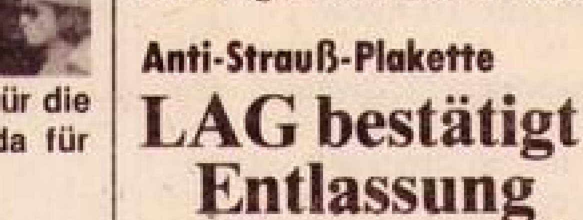
35-Stunden-Woche durchgesetzt

FRANKFURT.— In der American Express Military Bank in Frankfurt ist es dem Betriebsrat gelungen, eine Betriebsvereinbarung durchzusetzen, die für die in Wechselschicht arbeitenden Angestellten der EDV-Abteilung die Einführung der 35-Stunden-Woche vorsieht.

Die betroffenen Angestellten haben künftig einen Arbeitstag von sieben Stunden plus einer Stunde bezahlter Pause. Sie erhalten neben dieser Verkürzung der Wochenarbeitszeit fünf zusätzliche Urlaubstage, so daß ihr Urlaubsanspruch nun je nach Alter zwischen 31 und 35 Tagen beträgt. Außerdem wurden Zusatzzahlungen vereinbart.

Die Geschäftsleitung ging auf die Forderungen des Betriebsrates ein, nachdem dieser nach gescheiterten Verhandlungen die Anrufung der Einigungsstelle angekündigt hatte. Die nun erreichte Betriebsvereinbarung ist eine der ersten tarifvertraglichen Regelungen für die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Bundesrepublik.

Dieser Erfolg ist nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken, daß unter den Angestellten der Bank ein starkes gewerkschaftliches Engagement besteht. Der Betriebsrat ist vollständig in der Gewerkschaft HBV organisiert, und 75 Prozent der Belegschaft gehören der HBV an, ein für den Angestelltenbereich außergewöhnlich hoher Organisationsgrad.



Anti-Strauß-Plakette

LAG bestätigt Entlassung

HAMM.— Das Landesarbeitsgericht in Hamm hat erneut ein Urteil zugunsten der Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Betrieb gefällt.

Der Arbeiter Erhard Sieland war wegen Tragens einer Anti-Strauß-Plakette an seinem Arbeitsplatz fristlos gekündigt worden. Das Landesarbeitsgericht Hamm bestätigt jetzt in der Berufungsverhandlung diese Maßregelung. Begründung: Das Tragen einer solchen Plakette (Aufschrift: „Strauß – nein danke") sei für den Unternehmer eine Provokation, die er nicht hinzunehmen brauche.

Erhard Sieland, der von der IG Metall Rechtsschutz erhält, kündigte an, daß er das Bundesarbeitsgericht anrufen werde. Vor kurzem gab übrigens auch der Vorstand der IG Chemie bekannt, daß er seinen Mitgliedern Rechtsschutz gewähre, wenn sie wegen Anti-Strauß-Plaketten entlassen werden.



Gesetzliches Verbot der Aussperrung

Aktivitäten der IG Druck

KÖLN.— Auf Initiative des Ortsvereins Köln der IG Druck und Papier wurde im DGB-Kreis Köln eine Aktion für das gesetzliche Verbot der Aussperrung durchgeführt.

Fünf Wochen lang haben Gewerkschafter an Informationsständen, Straßen und Plätzen Unterschriften gesammelt. Mehr als 11 000 Menschen unterstützten im Verlauf der Kampagne mit ihrer Unterschrift die Forderung an den Bundestag, ein Gesetz zu schaffen, das die Aussperrung verbietet. Gleichzeitig richten die Unterzeichner diese Forderung auch an den Landtag von Nordrhein-Westfalen. Der Ortsvereinsvorstand der IG Druck in Köln will sich mit der Aufforderung an die Landtagsabgeordneten wenden, daß ein entsprechender Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen ist.

Ultimatum der IG Bergbau —RAG-Vorstand gab nach

Zechendirektor Heising abgelöst

Adolf Schmidts ungewohnte Kampfbereitschaft

BOCHUM/ESSEN.— Am Montag vergangener Woche beschloß der Vorstand der Ruhrkohle AG (RAG), den Werksdirektor der Schachtanlage „Haus Aden" in Bergkamen, Ferdinand Heising, von seinem Posten abzuberufen. Heising hatte im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung die IG Bergbau und die in ihr organisierten Betriebsräte provokatorisch mit den Nazis gleichgesetzt.

Damit ist der Konzernvorstand der RAG auf das Ultimatum der IG Bergbau und Energie eingegangen. Der IGBE-Vorstand hatte mit Kampfmaßnahmen gedroht, falls die Forderung nach der Ablösung von Heising nicht erfüllt werde. Dieses Vorgehen der IGBE-Führung ist begrüßenswert, denn Heisings Äußerungen bedeuten eine Provokation gegenüber der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Heising hatte im April in einer Rede als Vorsitzender des Bezirks Westfalen der reaktionären Standesorganisation „Verband der Führungskräfte im Bergbau" (VdF) die Tätigkeit der Gewerkschaft und der mit ihr verbundenen Betriebsräte als „Gleichschaltungs- und Machtpolitik" bezeichnet, die an die Nazi-Herrschaft erinnere. Die Zeitschrift „Der Leitende Angestellte" veröffentlichte Heisings unverschämte Äußerung in ihrer Juni-Ausgabe.

Am 24. Juli reagierte Heising mit einem Brief an den IGBE-Vorsitzenden Adolf Schmidt auf eine diesbezügliche Anfrage und bestätigte seine Äußerung, wobei er gleichzeitig scheinheilig behauptete, es habe ihm ferngelegen, die IG Bergbau in der Weise zu diffamieren, wie dies von ihr aufgefaßt worden sei.

Hintergrund der Äußerungen Heisings sind Auseinandersetzungen zwischen der IGBE und dem VdF um die Rolle der leitenden Angestellten in betriebsverfassungsrechtlicher Hinsicht. Der VdF tritt für die reaktionäre Forderung ein — und er wird dabei von der FDP und von Teilen der CDU unterstützt —, daß unabhängig vom Betriebsrat sogenannte „Sprecherausschüsse für leitende Angestellte" im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden. Bisher gibt es sie allerdings nur in zwei Firmen, die nicht zur RAG gehören. Die FDP fordert bekanntlich, daß die leitenden Angestellten im Rahmen der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten eigene Aufsichtsratssitze zugebilligt bekommen.

Auch wenn die IGBE-Führung in diesem Fall konsequent gegen die Provokation des VdF-Vertreters reagiert hat, so kann man im allgemeinen keineswegs sagen, daß sie eine konsequente Haltung gegen diese Standesorganisation einnimmt. So sind von den 4 100 höheren Angestellten, die ein höheres Gehalt bekommen als die höchste Tarifstufe ausmacht, und die deshalb als „AT-Angestellte" (außer Tarif) bezeichnet werden, über die Hälfte gleichzeitig Mitglied in der IGBE und im VdF. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, daß der Betriebsrat in der Führungsgesellschaft der RAG mehrheitlich aus AT-Angestellten besteht, die in der IGBE organisiert sind.

Gerade die Verflechtung des Gewerkschaftsapparates mit dem Führungsmanagement und dem Monopolherren der Konzerne im Rahmen der Montanmitbestimmung ist ein Faktor, der sich verhängnisvoll auf die Gewerkschaften auswirkt. Diese Verflechtung soll die Gewerkschaft als unabhängige Kampforganisation der Arbeiterklasse gegen das Kapital ausschalten und sie zu einem „Ordnungsfaktor" zur Disziplinierung der Arbeiter im Sinne der Ideologie der „Sozialpartnerschaft" machen. Die Rolle von reaktionären Bonzen in den Betriebsräten und in der IGBE-Führung beim Abwürgen der Kämpfe der Bergarbeiter und bei der Unterdrückung klassenkämpferischer Kräfte in der Gewerkschaft ist bekannt. Auch Adolf Schmidt ist in dieser Hinsicht ein berühmt-berüchtigtes Beispiel.

Es fällt auf, daß die IGBE-Führung in diesem Fall ausnahmsweise einmal einen konsequent gewerkschaftlichen Standpunkt hervorgekehrt hat, den man sonst bei ihr leider vermißt. Demgegenüber haben die Schmidt und Konsorten den Widerstand der Kumpel gegen Zechenstillegungen oder ihren Kampf für echte Lohnerhöhungen stets verraten und treu die Profitinteressen ihrer „Sozialpartner" geschützt. Auch in der jetzigen Bewegung gegen den Angriff des Mannesmann-Konzerns auf die Montanmitbestimmung wartete man vergeblich auf Taten der IGBE-Führung in Richtung praktischer Solidarität mit der IG Metall.

Man wird den Eindruck nicht los, daß Adolf Schmidt und Konsorten im Fall Heising weniger von einem ehrlichen gewerkschaftlichen Standpunkt ausgingen als von dem Bedürfnis, sich einmal „links" zu profilieren. Vielleicht schielte Schmidt dabei auf die bevorstehende Bundestagswahl? Adolf Schmidt kandidiert auf Platz vier der nordrhein-westfälischen Landesliste der SPD.

Neuer Angriff auf Montanmitbestimmung

Jetzt holt auch der ARBED-Konzern zum Schlag aus

Gewerkschafter fordern Kampfmaßnahmen

SAARBRÜCKEN.— Jetzt hat ein zweiter Stahlkonzern das Feuer auf die Montanmitbestimmung eröffnet. Der belgisch-deutsche ARBED-Konzern im Saarland plant — ähnlich wie Mannesmann — eine sogenannte Umstrukturierung, durch die in Teilen des Konzerns die Montanmitbestimmung wegfallen würde.

Vor einigen Monaten wurden bei ARBED in einem brutalen Rationalisierungsfeldzug weit über zehntausend Arbeitplätze vernichtet. Jetzt wollen die ARBED-Bosse eine neue Rationalisierungsmaßnahme durchführen. Ziel ist, durch die Zusammenfassung der Weiterverarbeitungsbetriebe Arbeitsplätze und Kosten einzusparen. Unter dem Namen „Techno-ARBED Deutschland" sollen alle entsprechenden Konzernbetriebe unter das Dach einer Holdinggesellschaft kommen. In den betroffenen Konzernbereichen sind rund 15 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Gleichzeitig sollen jedoch im Ergebnis dieser „Umstrukturierung" das Werk Homburg des Neunkircher Eisenwerks und die Weiterverarbeitung von Röchling Burbach aus dem Geltungsbereich der Montanmitbestimmung herausfallen.

Wie bei Mannesmann begründen auch die Konzernherren von ARBED diesen Angriff auf die Montanmitbestimmung mit „betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten". Abgesehen davon aber, daß die Konzernherren darunter immer nur verstehen, daß sie höhere Profite aus den Belegschaften herauspressen wollen und zwar nicht zuletzt durch rücksichtslose Vernichtung von Arbeitsplätzen, geht es in diesem Fall offensichtlich um eine von den Monopolen koordinierte und abgesprochene Kampagne gegen die Montanmitbestimmung. Das tritt jetzt immer deutlicher zutage. Oder glaubt noch jemand, daß das plötzliche Umstrukturierungsfieber der Stahlbarone in Bezug auf den Verarbeitungsbereich Zufall ist?

Daß die von Overbeck und Konsorten eröffnete Front gegen die Mitbestimmung nun von ARBED erweitert wird, ist durch die abwieglerische Politik der DGB- und IGM-Führung begünstigt worden. Nach dem Scheitern der Verhandlungen, das von Mannesmann provoziert wurde, durfte man sich auf Gewerkschaftsseite nicht mehr länger hinhalten lassen. Statt auf parlamentarische Initiativen der SPD zu warten, hätte man die Stahlbarone und die Herren in Bonn mit der Einleitung von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen vom Ernst der Lage überzeugen sollen. Das ist die Sprache, die sie verstehen!

Jetzt wird es Zeit, die Haltung des Abwartens und der Appelle aufzugeben und endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Am Montag fand eine außerordentliche Bundesvorstandssitzung des DGB statt. Über ihre Ergebnisse war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt. Aber betriebliche und örtliche Funktionäre der IGM fordern mit wachsender Dringlichkeit entsprechende Maßnahmen der Gewerkschaftsführer.

In der Duisburger Mercatorhalle wird am Dienstag die Frage von gewerkschaftlichen Aktionen sicherlich eine Rolle spielen. denn dort versammeln sich die Bezirksleitungen der IG Metall, um über den Kampf gegen den Angriff auf die Montanmitbestimmung zu beraten.



Warnstreik der Stahlarbeiter von Hoesch in Dortmund gegen den Angriff der Stahlbarone auf die Montanmitbestimmung.

Krupp schwingt den Maßregelungsknüppel

Betriebsratsmitglied und Vertrauensmann sollten gefeuert werden

Aber Warnstreiks stoppten die Bosse vorerst

BOCHUM.— Der neueste Fall brutaler Unterdrückung gewerkschaftlicher Betätigung im Betrieb ereignete sich Mitte letzter Woche bei den Fried.-Krupp-Hüttenwerken in Bochum. Aber durch ihre entschlossene Solidarität konnten die Arbeiter den Maßregelungsterror zunächst einmal stoppen!

Die Krupp-Bosse wollten den IGM-Vertrauensmann Günter Becker nach 23jähriger Betriebszugehörigkeit unter dem fadenscheinigen Vorwand, er sei zu häufig krank, auf die Straße setzen. Der Betriebsrat legte dagegen sein Veto ein. Am Dienstag auf der Frühschicht im Weichenbau informierte der für diesen Bereich zuständige Betriebsrat Norbert Arndt die Arbeitskollegen über den Entlassungsversuch. Daraufhin traten 60 Kollegen von 8.15 bis 9.45 Uhr in einen Proteststreik. Der Erfolg: Krupp mußte die Kündigung für Günter Becker zurückziehen!

Aber die Bosse wollten dennoch als Sieger aus dem Konflikt hervorgehen. Der Betriebsrat Norbert Arndt, der übrigens Bundestagskandidat der DKP ist, sollte jetzt fristlos entlassen werden. Begründung: Er habe zum Streik aufgewiegelt. In Wirklichkeit jedoch ist der Betriebsrat lediglich seiner Informationspflicht gegenüber den Kollegen nachgekommen!

Offensichtlich wollten die Krupp-Bosse mit dieser Maßregelung ein Exempel statuieren. Motto: „Wer vor uns nicht zu Kreuze kriecht, fliegt raus und zwar erst recht, wenn uns seine politische Gesinnung nicht paßt!"

Erfreulicherweise verweigerte der Betriebsrat einstimmig die Zustimmung zu der Willkür-Kündigung. Die Krupp-Herren wollen jetzt gemäß Paragraph 103 des Betriebsverfassungsgesetzes diese Maßregelung durch Gerichtsbeschluß erzwingen. Mit ihren Chancen steht es dabei allerdings nicht gut, zumal die Arbeiter ihre Solidarität dagegensetzen: Am Donnerstag hatte Krupp bereits den zweiten Warnstreik im Haus! In der Stahlschmiede und der Stahlbearbeitung versammelten sich die Kollegen nach der Frühstückspause, um ihren Protest zu demonstrieren.

Die Rechnung der Krupp-Bosse hat immer wieder den gleichen Fehler: Sie ist ohne den Wirt gemacht.

Konkurse bedrohen Tausende mit Arbeitslosigkeit

Hinter dem Pleitegeier stecken die Finanzhaie

FRANKFURT/BREMEN.— Mit der Wirtschaftsrezession wachsen wieder die Konkurse. Vier größere Firmenpleiten sind allein Anfang August in der Bundesrepublik zu verzeichnen. Davon betroffen sind insgesamt 4 000 Arbeiter und Angestellte. Sie sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Den meisten von ihnen droht ein bitteres Los: Arbeitslosigkeit!

Die größte der vier vom Pleitegeier heimgesuchten Firmen ist die **Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa" AG** in Bremen. Dieses Unternehmen blickt auf ein 99jähriges Bestehen zurück. Insgesamt sind bei dem weitverzweigten Reederei-Konzern rund 2 300 Menschen beschäftigt.

Vor kurzem hat die „Hansa", die zu den renommiertesten deutschen Reedereien zählt, beim Amtsgericht Bremen ein Vergleichsverfahren beantragt. Als Grund für die Pleite wird Überschuldung angegeben. Die „Hansa" sind bei ihren Gläubigern mit 600 Millionen Mark in der Kreide.

In Wahrheit steckt die Deutsche Bank hinter der Sache. Die Deutsche Bank hält einen Großteil des Aktienkapitals der Reederei. Sie ist zugleich auch der Hauptgläubiger des Schiffahrts-Unternehmens. Der Aufsichtsratsvorsitzende der „Hansa" ist gleichzeitig Vorstandsmitglied der Deutschen Bank.

Zeitweise war davon die Rede, daß die „Hansa" durch eine Fusionierung mit der Hapag Lloyd gerettet werden soll, der größten Reederei der Bundesrepublik. Die Hapg Lloyd jedoch zeigte sich desinteressiert. Auch bei Hapag Lloyd spielt die Deutsche Bank eine ausschlaggebende Rolle. Die Herren der Deutschen Bank, die zu den mächtigsten Finanzhaien in Westeuropa gehören, entscheiden über Sein oder Nichtsein der „Hansa" und damit über das Schicksal der dort beschäftigten Seeleute und anderen Beschäftigten. Die Deutsche Bank wird auf jeden Fall ihr Schäfchen ins Trockene bringen.

Die Zeche müssen, wie immer, die Arbeiter und Angestellten bzw. der sogenannte kleine Mann bezahlen. Das gilt nicht nur für die unmittelbar und am härtesten Betroffenen, die Kollegen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Auch der Steuerzahler ist geschädigt. 55 Millionen Mark haben der Bund und das Land Bremen den „Hansa"-Kapitalisten in Bürgschaften gewährt. Wie es jetzt heißt, rechnen die Herren Politiker damit, daß mehr als die Hälfte dieses Geldes „verloren" ist.

Der zweitgrößte Fisch, den der Pleitegeier sich gegriffen hat, ist das Arzneimittel-Großhandelsunternehmen **Pharma Bauer KG** aus Neustadt an der Weinstraße. Gegen die Firma, die insgesamt (die Filialen in Koblenz und im westfälischen Hagen mit eingeschlossen) 1 100 Beschäftigte aufweist, wurde kürzlich das Konkursverfahren eröffnet. Das Signal dazu gab wiederum die Deutsche Bank, die als erste Bank für das Großhandelsunternehmen die Kredite sperrte.

Als Grund für die Pleite wird eine Verschuldung der Firma um 100 Millionen Mark angegeben. Aber immerhin verzeichnete die Pharma Bauer KG im vergangenen Jahr einen Umsatz von fast einer halben Milliarde und auch in diesem Jahr ging die Umsatzentwicklung steil nach oben. Die Hintergründe dieses Konkurses sind also ebenfalls dunkel.

Dunkel ist auch die Rolle des Firmenchefs Peter Bauer, der ein Chaos und eine leere Kasse hinterließ und nun „aus gesundheitlichen Gründen" nicht mehr zu sprechen ist. Zuvor hatte der saubere Unternehmer noch höhnisch erklärt: „Wir haben keine Bilanz, wir haben keine Buchführung... nichts."

Für die 1 100 Beschäftigten ist nicht einmal gesichert, daß sie wenigstens einen Sozialplan erhalten. Der Ludwigshafener HBV-Sekretär Alfred Hub erläutert: „Da ist keine müde Mark mehr aufzutreiben." Trotz alledem gibt es keinen Staatsanwalt in diesem Land, der hier Recht, Ordnung und Gesetz verletzt sieht. Auf der anderen Seite wurde schon mancher arme Teufel eingesperrt, nur weil er beim Schwarzfahren in der Straßenbahn erwischt worden ist.

Die Kollegen im Hauptbetrieb der Pharma Bauer in Neustadt wollen all dies jedoch nicht kampflos hinnehmen. Am Montag letzter Woche demonstrierten in Neustadt rund 600 Kollegen gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze. „Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze" hieß es auf einem Transparent.

Auf besonders üble Weise wurden die 500 Arbeiterinnen und Arbeiter der **Schuhfabrik Wosanda** in Schlüchtern (Main-Kinzig-Kreis) von dem Konkurs ihrer Firma überrumpelt. Als die nach einem dreiwöchigen Werksurlaub an ihre Arbeitsplätze zurückkehren wollten, erfuhren sie, daß man ihnen „vorsorglich" gekündigt hatte. Während der Betriebsferien hatten die Besitzer Konkurs angemeldet. Es hieß dann, mit 100 Beschäftigten solle vorerst weiterproduziert und der alte Auftragsbestand noch abgewickelt werden. Angeblich haben zwei Konkurrenzfirmen Interesse an einer Übernahme der Schuhfabrik angemeldet. Aber auch für den Fall, daß es zu einem Verkauf kommen sollte, wurden bereits Massenentlassungen angekündigt.

Die letzte Konkursmeldung, die bekannt wurde, kommt aus Krefeld. Die Thomas Fischer GmbH & Co. KG, eine der größten Herrenartikel-Fachgeschäftsketten der Bundesrepublik, hat Konkurs angemeldet. Das Unternehmen besitzt rund 70 Filialen im Rheinland, an der Ruhr und im Rhein-Main-Gebiet. Rund 400 Frauen, die in dieser Ladenkette beschäftigt sind, sind durch den Konkurs mit Arbeitslosigkeit bedroht.

Blaupunkt-Werke

Kurzarbeit für 1 600 Beschäftigte

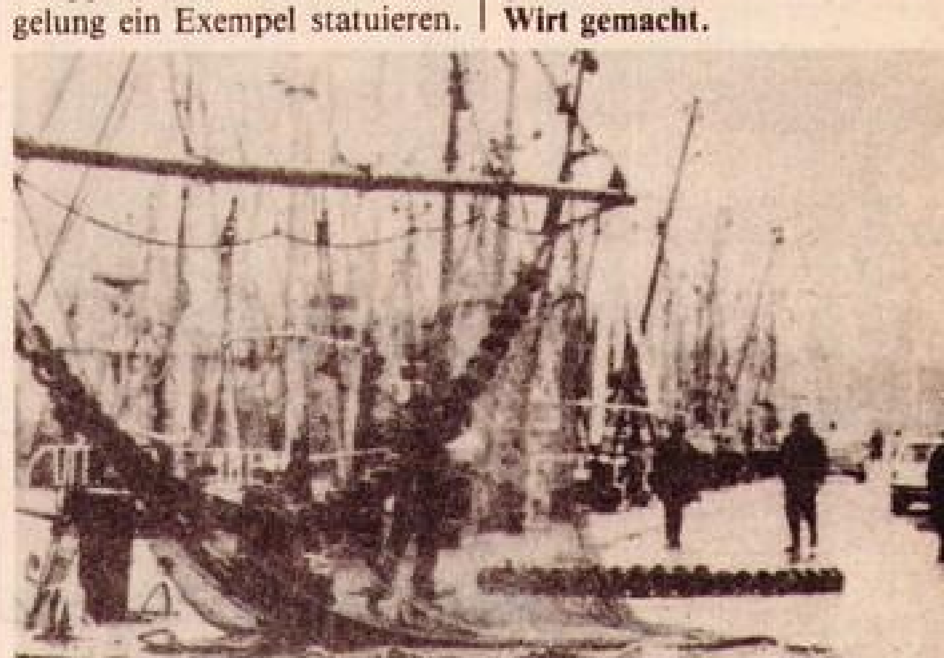
HILDESHEIM.— Wegen der rückläufigen Nachfrage nach Autoradios haben die Blaupunkt-Werke in Hildesheim für rund 1 600 ihrer insgesamt 11 000 Beschäftigten Kurzarbeit beantragt.

Nach Angaben des Konzernvorstandes soll die Kurzarbeit in der Zeit von September bis Dezember stattfinden und zwischen zehn und dreißig Tage dauern. Allerdings sei es auch möglich, daß ein Teil der Beschäftigten, vor allem Frauen, mit Kurzarbeit bis zu 40 Tagen rechnen müsse.

Wie die Automobilkapitalisten, so behaupten auch die Konzernchefs in der Unterhaltungselektronik, das Vordringen der japanischen Konkurrenz sei die Ursache allen Übels. Die Kollegen in den Blaupunkt-Werken sollten sich jedoch gegen ihren wirklichen Gegner wappnen: die Herren in den Chefetagen bei Blaupunkt. Denn bei so massiver Kurzarbeit liegen Pläne für Massenentlassungen meist schon in der Schublade.

***

MÜNSTER.— Europas größter Hersteller von Mähdreschern, die westfälische Firma Claas, die gegenwärtig 4 500 Menschen beschäftigt, will einen massiven Rationalisierungs- und Arbeitsplatzvernichtungsfeldzug starten. Durch das Nichtersetzen der sogenannten natürlichen Abgänge und durch die direkte Entlassung von mindestens 100 Belegschaftsmitgliedern soll die Beschäftigtenzahl stark reduziert werden.



Die streikenden Krabbenfischer in Büsum.

Krabbenfischer-Streik ausgeweitet

Fischer in Niedersachsen bleiben auch im Hafen

BREMERHAVEN.— Die Streikfront von 130 Kuttern der schleswig-holsteinischen Krabbenfischer steht seit dem 7. August. Jetzt haben sich auch ihre Kollegen im Weser-Elbe-Küstengebiet in den Kampf eingereiht.

40 Fischer aus dieser Gegend laufen seit Montag vergangener Woche nicht mehr zum Fang aus. Die Krabbenfischer wehren sich gegen ihren wirtschaftlichen Ruin, der durch die maßlos gestiegenen Mineralölpreise auf der einen, und die niedrigen Aufkaufpreise, die die Nahrungsmittelkonzerne diktieren, auf der anderen Seite verursacht wird.

DÜSSELDORF.— Das Bankhaus Harxy & Co., an dem die Dresdner Bank mehrheitlich beteiligt ist, will seine Filialen in Berlin, Düsseldorf und Hamburg schließen. 280 Beschäftigte werden dabei auf die Straße geworfen.

Erfolg im antimilitaristischen Kampf

„Tag der Bundeswehr" in Kalkar abgesetzt

Kamen: Aktionen gegen Vereidigung geplant

BONN.— Nach Rücksprache mit Kanzler Schmidt hat Kriegsminister Apel eine für den 13. September geplante Propagandaschau der Bundeswehr ersatzlos gestrichen. Im Rahmen einer 750-Jahr-Feier der niederrheinischen Stadt Kalkar sollte ursprünglich ein „Tag der Bundeswehr" durchgeführt werden, in dessen Verlauf die Darstellung von Bewaffnung und Ausbildungsstand der Bonner Armee geplant war.

Dieser „Tag der Bundeswehr" war Bestandteil einer militaristischen Propagandaoffensive, die sich in den letzten Monaten vor allem im verstärkten öffentlichen Auftreten der Bundeswehr äußert. Das in Kalkar geplante Spektakel hatte dabei noch einen besonders makabren Hintergrund. In der Nähe der Stadt entsteht der erste sogenannte Schnelle Brüter in der Bundesrepublik, eine Atomanlage, die nach ihrer Fertigstellung Plutonium produzieren kann. Der Besitz von Plutonium aber ist die Voraussetzung zur Herstellung von Atombomben. So hat der Schnelle Brüter in Kalkar nicht nur eine zentrale Bedeutung für das Bonner Atomenergieprogramm, sondern auch für die langfristigen militärischen Ziele des westdeutschen Imperialismus.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß gerade die geplante militaristische Demonstration in Kalkar auf breite Proteste gestoßen ist. Die BBU, der Dachverband der Umweltschutz-Initiativen, und andere Organisationen hatten für den 13. September eine Massendemonstration in Kalkar angekündigt. **Wenn die Bonner Regierung jetzt einen Rückzieher gemacht hat, dann ist das ein wichtiger Erfolg im antimilitaristischen Kampf.** Apels Beschluß auf Absetzung der Veranstaltung, der ausdrücklich mit den zu erwartenden Demonstrationen begründet war, ist erwartungsgemäß von der Strauß-Partei scharf kritisiert worden. Die CSU-Bundestagsabgeordnete Biehle tönte, daß „kommunistisch unterwanderte Organisationen wie die BBU" nur mit einer Demonstration zu winken brauchten, und schon werde eine Veranstaltung der Bundeswehr abgesagt. Es zeichne sich immer mehr ab, daß durch bundesweit organisierte Aktionen die Bundeswehr zu einer „Ghetto-Armee" degradiert werden solle.


Proteste gegen NATO-Spektakel in Bremen

Solche Töne kommen jedoch nicht nur von den Gefolgsleuten des Kandidaten Strauß. Es sei daran erinnert, daß Apel selbst mit nahezu den gleichen Worten anläßlich des berüchtigten NATO-Spektakels im Bremer Weserstadion erklärt hatte, er würde es nicht zulassen, wenn die Bundeswehr von linken Demonstranten von Stadt zu Stadt gehetzt werde. Deshalb habe er auch auf der Durchführung der militaristischen Schau in Bremen bestanden. **Mit solchen Sprüchen soll der Eindruck erweckt werden, als stünde nur eine verschwindende Minderheit von „Linken" der Bundeswehr ablehnend gegenüber, und als seien militaristische Propagandaaktionen geradezu ein Bedürfnis der breitesten Schichten unseres Volkes.**

So bedeutet denn Apels Rückzieher in Kalkar auch nicht einen generellen Verzicht auf ähnliche Veranstaltungen. Ein Beispiel dafür ist die westfälische Stadt Kamen. Hier sollen am 11. September 1 000 Rekruten der dort stationierten Panzergrenadierdivision öffentlich vereidigt werden. Aber auch hier ist es mit der angeblichen Unterstützung der Bevölkerung für diese Provokation nicht weit her. Selbst in der SPD gibt es — ähnlich wie vor dem NATO-Spektakel in Bremen — heftigen Widerstand gegen die öffentliche Vereidigung. Und die Jusos haben ihre Beteiligung an einer antimilitaristischen Demonstration in Kamen angekündigt.

Auf öffentlich geäußerte Unterstützung kann die Bundeswehr dagegen von seiten der Faschisten rechnen. Die NPD und ihr Jugendverband haben unter dem Motto „Ja zur Bundeswehr in der City" eine provokative Gegenkundgebung gegen die geplante antimilitaristische Demonstration angekündigt. Und noch jemand hat sich für die Durchführung der öffentlichen Vereidigung stark gemacht. Die ultrarechte Zeitschrift „Loyal, das deutsche Wehrmagazin", Organ des Reservistenverbandes, brachte kürzlich einen Artikel, in dem nachdrücklich gefordert wurde, die Bundeswehr dürfe sich nicht verstecken und nicht auf öffentliche Schaustellung verzichten. Unterzeichnet war der Beitrag von einem Hauptmann d.R. Horst Niggemeier. Dieser Herr ist nicht nur SPD-Bürgermeister der Stadt Datteln. Hauptmann Niggemeier ist nebenher auch noch Chefredakteur der „einheit", des Organs der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.

Und es ist allerdings mehr als bedenklich, wenn hohe Funktionäre der Gewerkschaften heute schon in die gleiche Kerbe hauen wie die Strategen im Bonner Kriegsministerium oder die Gefolgsleute von Strauß. Niggemeier ist dabei nicht einmal eine Einzelerscheinung. Nach dem NATO-Spektakel in Bremen ließen die Massenmedien das ÖTV-Vorstandsmitglied Merten ausführlich zu Wort kommen. Merten hatte sich ebenfalls gegen das „Verstecken" der Bundeswehr ausgesprochen und sogar gefordert, daß zu künftigen militaristischen Schaustellungen auch Vertreter der Gewerkschaften eingeladen werden sollten.

Aber was bedeutet denn das vermehrte öffentliche Auftreten der Bundeswehr? **Zum einen ist es der Versuch, den Charakter der Bundeswehr als Hauptstütze der bürgerlichen Klassenherrschaft, als Instrument für den Angriffskrieg nach außen wie auch für den Bürgerkrieg gegen die Werktätigen, zu verschleiern.** Stattdessen soll die Bundeswehr als „Partner des Bürgers", als Einrichtung zu seinem Schutz präsentiert werden. Und gerade dem leisten Gewerkschaftsführer vom Schlage der Niggemeier und Merten Vorschub, wenn sie in aller Öffentlichkeit Seite an Seite mit den Kommandeuren der Streitkräfte des westdeutschen Imperialismus auftreten wollen.

Auf der anderen Seite hängt die Zunahme der militaristischen Propagandaveranstaltungen natürlich auch mit der sich verschärfenden Kriegsgefahr zusammen. **Die Bundeswehr aus dem „Ghetto" holen — das bedeutet nichts anderes als das öffentliche Leben immer mehr mit dem Geist des Militarismus zu durchdringen.** Nicht von ungefähr werden in diesem Zusammenhang auch die Forderungen immer lauter, der Bundeswehr noch weiter die Schulen in unserem Land zu öffnen und die Jugend im Geist der „Verteidigungsbereitschaft" — sprich: des Militarismus — zu erziehen.

Die Aufgabe der Gewerkschaften aber kann es niemals sein, diese gefährlichen Tendenzen zu fördern, die unser Volk schon zweimal auf einen imperialistischen Raubkrieg vorbereitet haben. Gerade jetzt zum Antikriegstag müssen sich alle aktiven Gewerkschafter darauf besinnen, daß die Gewerkschaften eine starke und entscheidende Kraft im Kampf gegen Militarismus und Kriegsgefahr sind. Und in diesem Sinne ist es nur zu begrüßen, daß sich in Kamen mit der GEW zumindest eine gewerkschaftliche Organisation für die antimilitaristische Demonstration ausgesprochen hat.


Faschistische Hoffmann-Bande

Hoffmann-Bande weiter aktiv

Morddrohung gegen DGB-Funktionär

Polizei: „Nichts Ungewöhnliches"

BAMBERG.— Starke faschistische Kräfte sind nach Ansicht des DGB-Kreisverbandes Bamberg in der fränkischen Stadt am Werk. Die Gefährlichkeit dieser Banden zeigte sich kürzlich in einer Morddrohung gegen den Kreisvorsitzenden Josef Haarkötter.

Schon im vergangenen November hatten die Faschisten Provokationen im Gewerkschaftshaus verübt. Auf Schautafeln einer dort gezeigten Ausstellung über die Verbrechen der Hitler-Diktatur klebten sie Zettel mit faschistischen Parolen. Eine Anzeige des DGB wegen Volksverhetzung und Hausfriedensbruch brachte wenig Erfolg: Die Staatsanwaltschaft Bamberg stellte die Ermittlungen bald wieder ein.

Der DGB-Kreisverband weist darauf hin, daß sich die Faschisten in einer „Hitlerjugend Bamberg-Gaustadt" organisiert haben. Eine besonders alarmierende Tatsache ist es, daß sich diese faschistische Bande kürzlich mit zwei Rockergruppen zusammengeschlossen hat, die rund 200 Jugendliche umfassen. **Die Bamberger Bande verfügt nach Angaben des DGB nicht nur über enge Beziehungen zu der offiziell aufgelösten „Wehrsportgruppe Hoffmann", sie hat sich auch eine größere Zahl von Waffen beschafft.**

Schwere Vorwürfe erhebt der Kreisverband des DGB in diesem Zusammenhang gegenüber der Polizei. Sie ermittle nicht zielstrebig gegen die Faschisten, und als diese anläßlich des 20. Juli öffentliche Gebäude der Stadt mit Nazi-Parolen beschmiert hätten, sei das von der Polizei als „grober Unfug" abgetan worden.

Die Reaktionen der Polizei auf diese Kritik rechtfertigen in erschreckender Weise die Vorwürfe des DGB. So sagte Polizeidirektor Günther zu den gewerkschaftlichen Enthüllungen über die terroristische Tätigkeit der Faschisten: „Solche Äußerungen gefährden nur die laufenden Ermittlungen." Nach Günthers Ansicht sollen also die Gewerkschaften angesichts des Treibens der Neonazis gefälligst den Mund halten. Zu den Hetzparolen am 20. Juli bemerkte der Herr Polizeidirektor, man würde sie durchaus nicht als „groben Unfug" abtun, sondern man habe Ermittlungen aufgenommen — wegen „Sachbeschädigung"! Das muß man sich einmal vorstellen. **Im Lande von Strauß werden Jugendliche von der Schule gejagt, nur weil sie „Stoppt-Strauß"-Plaketten tragen. Und der Aufruf der Faschisten zu Terror und Völkermord wird als „Sachbeschädigung" behandelt.**

Angesichts dieses reaktionären Geistes, von dem die Polizeibehörden durchdrungen sind, verwundert es kaum noch, wenn Günther zu den Morddrohungen der Faschisten nur zynisch bemerkt: „Es ist nichts Ungewöhnliches, daß im öffentlichen Leben stehende Personen Drohanrufe bekommen." Was schließlich die angeblichen Ermittlungen der Bamberger Polizei betrifft, so kann man sich deren Ausgang unschwer ausmalen, wenn man sich vor Augen hält, was Günthers oberster Dienstherr — der bayrische Innenminister Tandler — vom Treiben der Faschisten in Bamberg hält.

Auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Hiersemann zur „Hitlerjugend Bamberg" und ihren Verbindungen zu den Hoffmann-Leuten antwortete Tandler: Es gäbe keine Erkenntnisse, daß sich die „Wehrsportgruppe Hoffmann" weiter vereinsmäßig betätige. Weiter gäbe es keine Hinweise, daß WGS-Leute in anderen faschistischen Banden aktiv wären. Eine „Hitlerjugend Bamberg" schließlich existiere überhaupt nicht, und ebensowenig könne das Innenministerium bestätigen, daß Nazi-Banden neue Mitglieder aus Rockergruppen rekrutierten.

So einfach ist das also! Wo es keine Erkenntnisse gibt, werden wohl auch bald die „Ermittlungen" im Sande verlaufen. Und das ganze ist dann ein Hirngespinst des DGB gewesen. **Deutlicher kann man die unverhohlene Unterstützung für die faschistischen Banden wahrhaftig nicht zum Ausdruck bringen.** Der Innenminister des Franz Josef Strauß, der ein ganzes Heer von Geheimdienstlern beschäftigt, um kommunistische und demokratische Organisationen zu bespitzeln, hat einfach keine „Erkenntnisse" über die Existenz von faschistischen Banden.

Und was die „Wehrsportgruppe Hoffmann" betrifft, eine mit Kriegswaffen ausgerüstete Terrorgruppe, die vor Monaten unter dem Druck anhaltender Proteste aufgelöst wurde, so kann man sich nach Tandlers Äußerungen leicht ausrechnen, daß die bayrischen Behörden diese Terroristen auch weiterhin mit Samthandschuhen anfassen wollen. Dafür spricht ja auch die Tatsache, daß kein einziger der Hoffmann-Leute bis heute in Haft ist. Ja, die Behörden haben ihnen sogar einen Teil der beschlagnahmten Ausrüstung zurückgegeben. Begründung: Es handle sich dabei um „Mitbringsel aus dem Zweiten Weltkrieg."

Angesichts dieser offenen und provokativen Förderung der faschistischen Banden müssen die Demokraten und Antifaschisten ihren Kampf für ein wirkliches Verbot dieser Banden verstärken. Und die Hoffmann-Terroristen müssen endlich hinter Gittern verschwinden!

Seit zwei Monaten

30 türkische Antifaschisten in Haft

Justiz arbeitet mit Grauen Wölfen zusammen

AUGSBURG.— Seit mehr als zwei Monaten sitzen 30 Antifaschisten aus der Türkei in einem Augsburger Gefängnis. Die Haftbefehle gegen sie sind aufgrund von „Zeugenaussagen" faschistischer Elemente zusammengeschustert worden.

Am 17. Juni kam es in Augsburg zu Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern des „Türkischen Arbeiter- und Jugendvereins" und Provokateuren des „Islamischen Kulturvereins", hinter dem sich die faschistische Terrororganisation „Graue Wölfe" verbirgt. Die Polizei griff in die Auseinandersetzungen ein und nahm 130 Personen vorläufig fest. Gegen 78 wurde ein Haftbefehl erlassen und von ihnen sind 30 auch heute noch in Haft. **Darunter ist jedoch kein einziger der faschistischen Provokateure, es sind ausschließlich Antifaschisten, die Bayerns Justiz auch nach zwei Monaten noch hinter Gefängnismauern einsperrt.** Alle Anträge von Anwälten, die Haftbefehle wieder aufzuheben, sind bislang abgelehnt worden.

In diesen Haftbefehlen, die übrigens für alle einheitlich mit dem gleichen Wortlaut ausgestellt wurden, ist zwar von „dringendem Tatverdacht" die Rede; tatsächlich wird aber keine einzige Begründung dafür angeführt. Der größte Skandal in diesem Zusammenhang ist wohl die Tatsache, daß sich die Justiz auf „Zeugen" stützt, die allesamt dem faschistischen „Kulturverein" angehören. Zwei dieser angeblichen Zeugen wurden sogar mit dem reichhaltigen Bildmaterial des Erkennungsdienstes versorgt. Und sie konnten sich dieses Materials nach Belieben bedienen und die Fotos von ihnen bekannten Antifaschisten als „Tatverdächtige" aussondern. Obwohl diese ungeheuerliche Praxis der normalen Ermittlungstätigkeit von Polizei und Justiz völlig widerspricht, sind Anträge von Anwälten, eine richtige Gegenüberstellung durchzuführen, abgelehnt worden.

Die „Initiative bayrischer Strafverteidiger" erklärte dazu: „Es sollte nicht verwundern, wenn durch diese Art Verhaftungspraxis der Denunziation politisch mißliebiger Ausländer objektiv eine Gasse gebahnt würde." Weiter stellt die Initiative fest, es wäre „bemerkenswert, um nicht zu sagen zynisch", wenn für die verhafteten Antifaschisten „Fluchtgefahr" angenommen würde. Denn zum einen lebten sie zum Teil schon zehn Jahre unbescholten in der Bundesrepublik. Und zum anderen müsse festgestellt werden, daß sie bei einer „Flucht" in die Türkei der Verfolgung durch die staatlichen Stellen, der Folter, „wenn nicht noch Schlimmerem ausgesetzt wären."

Die willkürliche und anhaltende Verhaftung der 30 Augsburger Antifaschisten ist ein neuer Höhepunkt bei der Unterdrückung von türkischen demokratischen Organisationen und ihrer Mitglieder durch den Bonner Staat. Und wieder einmal geht diese Tätigkeit Hand in Hand mit dem unverhohlenen Schutz für die faschistischen Banden, deren Angehörige im Augsburger Fall ganz offen mit der Justiz zusammenarbeiten.

Sofortige Haftentlassung der Antifaschisten aus Augsburg!
Verbot der „Grauen Wölfe" und ihrer Tarnorganisationen!

Mordfall Ulrich Schmücker (2)

Die Spuren führen zum Verfassungsschutz

In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1974 wurde der Anarchist Ulrich Schmücker im Westberliner Grunewald ermordet. Schon während der ersten polizeilichen Ermittlungen wurden Spuren verwischt. Beim Prozeß gegen die Mörder Schmückers unterdrückte das Gericht die Versuche der Anwälte, Licht in das Dunkel dieses mysteriösen Mordfalls zu bringen. All das hatte Methode: Schmücker war vom Verfassungsschutz als Mitarbeiter angeworben worden. Und nicht nur das. Es verdichtete sich auch immer mehr der Verdacht, daß auch einer seiner Mörder, Jürgen Bodeux, für den Bonner Geheimdienst tätig war. In unserem ersten Artikel über diesen Fall haben wir die Entwicklung bis zum ersten Prozeß gegen Schmückers Mörder dargestellt.



Anarchist Jürgen Bodeux, beteiligt an der Ermordung Ulrich Schmückers. Kronzeuge im sogenannten Schmücker-Prozeß war schon 1974 Kontaktmann des Verfassungsschutzes.

Trotz der von Westberlins Innenbehörde und vom Gericht gemeinsam betriebenen Unterdrückung der Wahrheitsfindung kamen während des ersten Prozesses neue Tatsachen über die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall ans Licht. So trieben Journalisten einen angeblich nicht auffindbaren Zeugen auf: Antonio Rücker, der aussagte, er habe Schmücker in der Mordnacht um etwa 20 Uhr in einem Dahlemer Studentenlokal mit zwei „zivilen Herren" gesehen, und später (unmittelbar vor dem Mord) alle drei noch einmal beim Betreten des leerstehenden Hotels Rheingold beobachtet. Das Hotel liegt nur wenige hundert Meter vom Tatort entfernt. Rücker hatte seine Wahrnehmungen nach dem Mord telefonisch der Polizei mitgeteilt. Er war jedoch nicht einmal verhört worden!

„Wir sehen uns ja gleich"

Die Vermutung, daß es sich bei diesen „zivilen Herren" um Angehörige des Verfassungsschutzes gehandelt haben muß, wurde durch eine andere Zeugenaussage bestätigt. Schmücker hatte an seinem Todestag im Apartments-Hotel gearbeitet, wo er öfter aushilfsweise beschäftigt war. Dieses Hotel liegt nur zwei Häuser neben der Westberliner Zentrale des Verfassungsschutzes und ist, laut „Stern", ein beliebter Treffpunkt deutscher und amerikanischer Geheimdienstler. Nach Angaben der Geschäftsführerin dieses Hotels hat Schmücker um 16 Uhr an diesem Tag von seinem Arbeitsplatz aus ein Telefongespräch geführt und seinem Gesprächspartner gesagt: „Na, wir sehen uns ja gleich." Außerdem hat er zwei Zettel mit handschriftlichen Aufzeichnungen liegen lassen, die von der Geschäftsführerin später an die Kriminalpolizei übergeben wurden. **Diese Zettel sind allerdings genauso spurlos verschwunden, wie der vorher erwähnte Brief, der bei der Leiche gefunden wurde.**

Als aufgrund dieser sensationellen Fakten die Verteidiger eine Aussagegenehmigung für Verfassungsschützer beim Bundesgerichtshof erzwingen wollten, bequemte sich Franz Natusch, der Präsident des LfV, doch noch zu einer Aussage beim Schmücker-Prozeß. Unumwunden gab er jetzt zu, der fragliche Anruf Schmückers an seinem Todestage habe Rühl/Grünhagen gegolten. **Eine Tatsache, die der Geheimdienst fast zwei Jahre lang verschwiegen hatte.** Allerdings bestritt Natusch, daß es an jenem Tage ein Treffen zwischen Schmücker und Grünhagen oder anderen Verfassungsschützern gegeben hätte.

Alle weiteren Fragen der Verteidiger an den VS-Präsidenten wurden rigoros abgeblockt; die Einsicht in die Akten des Geheimdienstes wurden weiterhin verweigert. In seinem Urteil stützte sich das Gericht dann erwartungsgemäß auf das „Geständnis" von Bodeux. Ilse Jandt wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt, der angebliche Todesschütze Weßlau zu acht Jahren, die übrigen Mitglieder der Gruppe — die ebenso wie Weßlau zur Tatzeit noch Jugendliche waren — bekamen zwischen vier und fünf Jahren. Über den Angeklagten Bodeux heißt es in der Urteilsbegründung: **„Er mußte mit der Verhängung einer lebenslangen Freiheitsstrafe rechnen,** zumal er der weitaus älteste der angeklagten Heranwachsenden war und bei der Begehung der Tat kurz vor Vollendung seines 21. Lebensjahres stand, so daß die Anwendung des allgemeinen Strafrechts für ihn nahelag." Hinzufügen müßte man noch, daß Bodeux es war, der die Mordwaffe besorgte und damit die Tat erst ermöglichte, und daß er zumindest ein Einpeitscher bei der „Hinrichtung" (wenn nicht gar unmittelbar daran beteiligt) war. Dennoch wurde Bodeux nicht zu lebenslänglich, sondern nur zu fünf Jahren Haft verurteilt, von denen er auch nur die Hälfte absitzen mußte (Bodeux hatte als einziger Angeklagter das erstinstanzliche Urteil angenommen).



Raubmord in Köln-Porz. Die „Spurenakte 74" enttarnt den Schmücker-Mörder Bodeux als VS-Agenten.

Schutz für den „Kronzeugen"

Im Vorfeld des zweiten Schmücker-Prozesses, der durch Revision zustandekam, gab es dann weitere Merkwürdigkeiten, die allesamt mit dem „Kronzeugen" Bodeux zusammenhingen.

• Mit Hilfe von Falschaussagen eines Gefangenen wurde gegen den Rechtsanwalt Efferding (den „Bodeux-Spezialisten" unter den Anwälten im Schmücker-Prozeß) ein Komplott geschmiedet, um ihn wegen „dringenden Verdachts der versuchten Strafvereitelung" von der Verteidigung auszuschließen. Dieses Manöver scheiterte allerdings.

• Der Richter Bernd Poelchau wurde schon vor dem Prozeß auf Antrag der Staatsanwaltschaft ausgeschlossen — ein für die westdeutsche Justiz äußerst ungewöhnliches Verfahren. Der Grund: Poelchau hatte sich in einem Leserbrief kritisch zur „Kronzeugen"-Praxis geäußert.

• Gegen die Anwälte wurden insgesamt mindestens fünf Strafverfahren und mindestens 13 Ehrengerichtsverfahren eröffnet, allesamt wegen deren Äußerungen über Beziehungen des „Kronzeugen" Bodeux zum Verfassungsschutz.

Und diese Beziehungen standen dann auch im Mittelpunkt des zweiten Prozesses, diese Verbindungen zu verschleiern, war das Ziel der hier geschilderten Repressalien. **Die Anwälte wollten nachweisen, daß Bodeux schon in seiner Kölner Zeit, also vor der Kontaktaufnahme mit der Wolfsburger Gruppe, Informant des Verfassungsschutzes war.** Aber wie schon im ersten Prozeß, so wurde auch jetzt die Herausgabe aller Akten bei Polizei und Geheimdienst verweigert, die Aufschluß über diese Sache hätten geben können. Und wieder waren es nicht Ermittlungsbehörden und Gerichte, sondern Journalisten, die die Wahrheitsfindung vorantrieben. Dem „Stern" gelang es, die „Spurenakte 74" aus einem Kölner Raubmordfall mit vermutlich terroristischem Hintergrund aufzutreiben. Der Kriminalkommissar Eckhard Kondziela war mit der Aufklärung des Falles betraut.

Spurenakte 74

Über eine Aussprache mit dem Amtmann Koppermann vom Bundesamt für Verfassungsschutz machte er einen Vermerk, nach dem Koppermann „über einen Informanten in Erfahrung bringen" wollte, „wer für den Porzer Raubmord in Frage kommt. Er wolle diesbezügliche Kontakte knüpfen und an die Person herankommen, die Verbindung nach Porz hat." Gut zwei Wochen später, am 25. April 1974, hat Kondziela einen neuen Vermerk eingetragen, danach hat Koppermann ihm inzwischen mitgeteilt, **„daß der Porzer Kontaktmann ermittelt wurde. Hiernach soll es sich um Jürgen Bodeux handeln."** Das Bundesamt belieferte den Kommissar dann auch mit einem VS-Dossier über Bodeux.

Selbstverständlich erhielt auch Koppermann keine Aussagegenehmigung für den Schmücker-Prozeß. Und das Gericht begnügte sich mit der lapidaren Mitteilung des Verfassungsschutzes, bei den Aktenvermerken des Kommissars Kondziela handele es sich um ein „Mißverständnis". Die Urteilsverkündung brachte dann auch nur eine Bestätigung der in erster Instanz ergangenen Urteile. Ob sich bei dem anstehenden dritten Schmücker-Prozeß eine Abkehr von der bislang geübten Unterdrückung der Wahrheit durch Geheimdienste und Gerichte ergeben wird, ist nach solchen Erfahrungen fraglich.

Stefan Aust veröffentlicht im Anhang seines Buches „Kennwort Hundert Blumen" eine Reihe von internen Dokumenten, aus denen eindeutig hervorgeht, daß Jürgen Bodeux im Auftrag des Verfassungsschutzes gearbeitet hat. Ein Beispiel aus einem Vermerk der Sicherungsgruppe Bonn vom 3.4.74: **„Laut Mitteilung der Abt. III des BfV (Koppermann) erhielt Bodeux Weisung, nach Berlin zu reisen, um Kontakt zur Jandt aufzunehmen. Bodeux will in Erfahrung gebracht haben, daß in Berlin eine neue Kampfgruppe mit der Jandt erstellt werden soll."** Weiter geht aus den Dokumenten hervor, daß in der Nacht, da Ulrich Schmücker ermordet wurde, mehrere Observierungseinsätze des Verfassungsschutzes stattfanden.

Angesichts dieser Veröffentlichung wurden sogar die obersten Staats- und Verfassungsschützer gesprächig. BKA-Chef Herold: „Sämtliche Schriftstücke sind gefälscht." BfV-Chef Meier: „Die Dokumente sind Totalfälschungen." Nach Angaben des „Spiegels" von der letzten Woche stammen die Dokumente von einem ehemaligen, jetzt im Ausland residierenden, BKA-Beamten. Der will sie aus der Wiesbadener Zentrale von einem jetzt noch dort tätigen Hauptkommissar bekommen haben. In einem Lokal der hessischen Landeshauptstadt wären ihm die Dokumente in einem weinroten Aktendeckel übergeben worden. Herold und seine Mitarbeiter bestrieten diese Version energisch; die fraglichen Dokumente könnten niemals aus dem BKA kommen, und der Hauptkommissar, der sie seinem ehemaligen Kollegen für die stolze Summe von 40000 Mark besorgt haben soll, stünde außerhalb jeden Verdachts. **Die Übergabe des „weinroten Aktendeckels" jedoch ist beobachtet worden. Autor Aust hat selbst an einem Nebentisch des Lokals gesessen.**

Ob diese Dokumente nun echt sind, oder ob es sich hier um einen gezielten Versuch des BKA handelt, mit gefälschtem Material alle Veröffentlichungen über die Verwicklung des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker unglaubwürdig zu machen — das spielt heute keine so wesentliche Rolle mehr. Die Spuren des Bonner Geheimdienstes in diesem Mordfall sind bereits zu deutlich, als daß sie noch verwischt werden können.

Denn Tatsache ist, daß der Verfassungsschutz über das Mordkomplott unterrichtet war und es nicht verhindert hat. Tatsache ist weiter, daß Schmücker wenige Stunden vor seiner Ermordung mit Grünhagen sprach und nach Zeugenaussagen einen Treff mit ihm ausmachte. Und es wäre schon sehr naiv zu glauben, daß Schmücker dabei nicht von der Verabredung im Grunewald berichtet hat, die ihm dann den Tod brachte. Ebenso klar liegt auf der Hand, daß es sich bei den von Zeugen bemerkten „zivilen Herren", die Schmücker kurz vor seinem Tod begleiteten, um Verfassungsschützer gehandelt haben muß, daß Schmückers Begegnung mit seinem Mörder vom Verfassungsschutz observiert wurde.

Tatsache ist ferner, daß Jürgen Bodeux Informant des Verfassungsschutzes gewesen ist. Die eindeutigen Eintragungen des Kommissars Kondziela in Köln als „Mißverständnis" herunterzuspielen, ist ein unhaltbarer Versuch, diese Tatsache aus der Welt zu schaffen. Alles im Verhalten des Bodeux bis hin zu der von ihm selbst herbeigeführten Verhaftung spricht für seine Rolle als Spitzel und Agent provocateur im Auftrag des Verfassungsschutzes. Schließlich ist es mehr als wahrscheinlich, daß Bodeux gezielt auf die Wolfsburger Gruppe angesetzt wurde. Wie immer die Beziehungen zwischen Bodeux und seinen Auftraggebern im einzelnen ausgesehen haben mögen, der Verfassungsschutz muß auch von dieser Seite her in das Mordkomplott gegen Schmücker eingeweiht gewesen sein.



Aust-Buch über den Schmücker-Mord, Konkret-Verlag, 9,80 Mark

Es bleibt natürlich zum Schluß immer die Frage, warum der Verfassungsschutz den Mord nicht verhindert hat. Diese Frage stellte auch Ulrich Schmückers Mutter einem Beamten im Westberliner Landesamt des Geheimdienstes. „Wenn es wirklich zutreffen sollte, daß mein Sohn sich noch einmal an Sie gewandt hat, warum haben Sie ihn dann nicht beschützt? Sie haben ja auch einen Ruhland und einen Sommerfeld beschützt."

Die Antwort des Verfassungsschützers: „Ja, über die halten wir ja auch die Hand nur, solange wir sie brauchen."

Aber auch diese von beispiellosem Zynismus gekennzeichnete Äußerung kann noch nicht alles erklären. Zu nahe waren die Verfassungsschützer dem Mordgeschehen im Grunewald. So bleibt letztlich nur die Vermutung, daß die „Hinrichtung" Schmückers billigend hingenommen wurde, um diesen Terrorakt für die reaktionäre Propaganda auszuschlachten, um die Terroristenhysterie weiter zu schüren.

Bonn braucht den Terror — als Vorwand für die Ausweitung des staatlichen Unterdrückungsapparates, als Vorwand für die immer mehr vorangetriebene Einschränkung der demokratischen Rechte. Und die sogenannten Bremer Krawalle in diesem Mai, an denen Geheimdienstagenten unmittelbar beteiligt waren, haben ja erneut gezeigt, daß die Grenzen zwischen terroristischen Gruppen und den Geheimdiensten fließend sind.

Zum 124. Todestag von Georg Weerth

Der erste große Dichter des deutschen Proletariats

Von unserem Volkskorrespondenten Michael Werth

Das Leben des Schriftstellers, Journalisten und Kaufmannes Georg Weerth war kurz. Aber dennoch war es ein erfülltes Leben, erfüllt vom Kampf für eine bessere Gesellschaft.

Georg Weerth kam am 17. Februar 1822 als Sohn eines Geistlichen, eines Generalsuperintendenten, zur Welt. Mit 14 Jahren verließ er das heimische Gymnasium und ging als kaufmännischer Lehrling nach Elberfeld. Die Berufswahl bereute er nicht, denn sie gewährte ihm Einblicke mannigfacher Art in die gesellschaftlichen Verhältnisse.

Neben seinem Beruf beschäftigte sich Weerth mit Literatur und wurde im Jahre 1839 Mitglied eines von Freiligrath gegründeten Literatur-Kreises. Sein publizistisches Wirken begann 1843 mit Korrespondenzen und Feuilletons für die „Kölnische Zeitung".

Im gleichen Jahr kam es auch zu einer entscheidenden Änderung im Leben des jungen Weerth. Durch sein Eintreten für Pressefreiheit und gegen judenfeindliche Äußerungen des Bonner Stadtoberhauptes geriet er in Streit mit seinem Prinzipal. Daraufhin gab Weerth seinen Posten in Elberfeld auf und nahm eine Stellung in der englischen Industriestadt Bradford an.

Hier, in der Nähe von Manchester, arbeitete auch Friedrich Engels in einem deutschen Handelsunternehmen. Engels sättigte den jäh erwachten Wissensdurst des Freundes, den die plötzliche Konfrontation mit dem Kapitalismus zutiefst berührt hatte. So gewann das literarische Schaffen Weerths ein neues Niveau. Er arbeitete nun an einigen Sammelbänden des Frühsozialismus mit, für die er Gedichte und Reportagen schrieb.

Im „Gesellschaftsspiegel", einer von Moses Heß herausgegebenen Zeitschrift, sind zum erstenmal Marx, Engels und Weerth gemeinsam als Mitarbeiter vertreten. In dieser Zeitschrift wurde Weerths prächtiger Bericht „Das Blumenfest der englischen Arbeiter" veröffentlicht, ein kostbares Dokument deutscher Literatur. Wie dieser Bericht, so künden seine dann folgenden Gedichte von neuen Erkenntnissen und Gedanken des Georg Weerth. Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein! Oder wie Weerth sich ausdrückt: „Wer sie schmieden lernte, Schwert und Ketten, kann mit dem Schwert aus Ketten sich erretten!"

In dieser Zeit hat Weerth den ersten in der deutschen Literatur vorkommenden klassenbewußten Proletarier gestaltet, einen neuen Typus des literarischen Helden in Gestalt des deutschen Arbeiters Eduard Martin. Weerth beschreibt, wie dieser Arbeiter — nach zweijährigem Aufenthalt in England zurückgekehrt in die deutsche Heimat — an seinem Arbeitsplatz und in seiner Familie aufklärende revolutionäre Propaganda betreibt.

Bei einem Abstecher nach Brüssel im Juli und August 1845, der Weerth wieder mit Friedrich Engels zusammenführte, schloß der Dichter Freundschaft mit Karl Marx. Es wurde eine Freundschaft für das ganze Leben.

In den darauffolgenden Jahren beteiligte Georg Weerth sich am „Bund der Kommunisten". Im September 1847 war ihm ein außergewöhnliches öffentliches Auftreten beschieden. Er hielt eine Ansprache auf dem Brüsseler Freihandelskongreß, zu dem sich die namhaftesten Ökonomen und viele Politiker aus aller Welt eingefunden hatten.

Marx selbst konnte sich an diesem Kongreß nicht beteiligen, da er mit seinen Arbeiten für die Broschüre „Lohnarbeit und Kapital" beschäftigt war. Georg Weerth mußte für ihn einspringen. Und so kam es, daß der Dichter und Revolutionär am 18. September 1847 im prachtvollen Saal des alten Brüsseler Rathauses eine bedeutende Mission erfüllte. Zum ersten Mal wurden vor der Weltöffentlichkeit die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse gegenüber den Ausbeutern und Unterdrückern im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus verfochten.

Georg Weerth wurde einige Zeit später neben Karl Marx in den Vorstand der Internationalen Demokratischen Association in Brüssel gewählt. Ende November begleitete er Marx und Engels zum Kongreß des Bundes der Kommunisten nach London. Hier entstand das Kommunistische Manifest — das Programm einer jeden Kommunistischen Partei.

Das Jahr 1848 wurde für das internationale Proletariat und damit auch für Georg Weerth ein bedeutsames Jahr. Im Februar brach in Paris die Revolution aus, ein Ereignis, zu dem Weerth folgendes schrieb: „Diese Revolution wird die Gestalt der Erde ändern und das ist auch nötig! Vive la République!"

Nach Ausbruch der Revolution auch in Deutschland wurde die Herausgabe einer revolutionären Zeitung vorbereitet, der ruhmreichen „Neuen Rheinischen Zeitung". Die erste Ausgabe erschien im Juni 1848 nach persönlicher Beratung zwischen Marx, Engels und Weerth. Während ihrer gesamten Erscheinungszeit leitete Weerth das Feuilleton der „Neuen Rheinischen Zeitung".

In seinen Erinnerungen vermerkte Engels, er hege Zweifel daran, ob je eine andere Zeitung ein so lustiges und schneidiges Feuilleton hatte. Und in der Tat! Das Weerthsche Feuilleton brillierte mit Einfällen und hatte einen ausgezeichneten Stil. Weerths literarische Reportagen und seine satirischen Verse wurden eine gefürchtete Waffe, mit der Weerth sich ebenbürtig an die Seite seiner Freunde Marx, Engels und Wilhelm Wolff stellte.

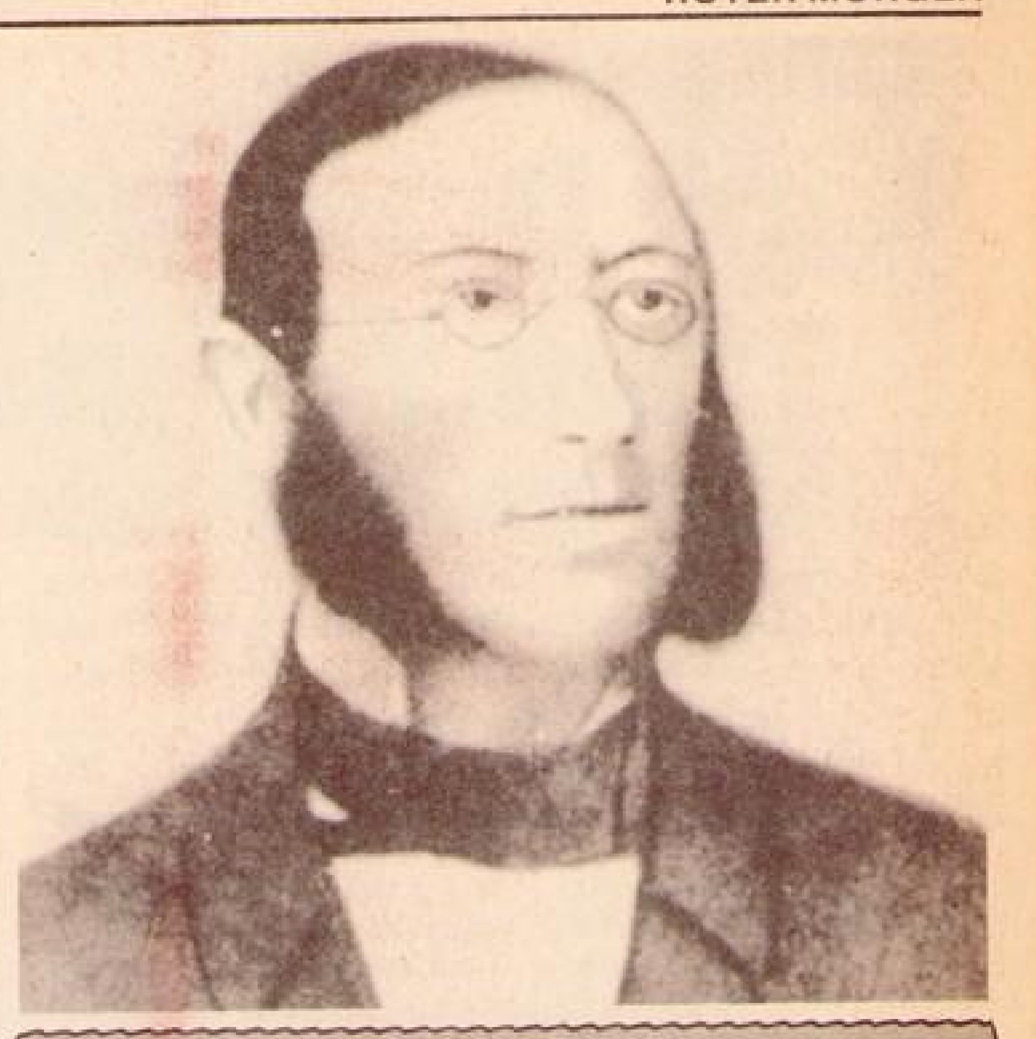
Im Zusammenhang mit den Septemberunruhen 1848 begann die Bourgeoisie eine Hetzkampagne gegen die „Neue Rheinische Zeitung". Ungefähr ein halbes Jahr später wurde die Zeitung dann verboten. Georg Weerth wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Niederlage der Revolution bedeutete für Georg Weerth das allzu frühe Ende seiner beruflichen literarisch-schriftstellerischen Tätigkeit. Nach der Ausweisung von Marx und Engels aus Deutschland und dem Verbot der „Neuen Rheinischen Zeitung" nahm Weerth seine alte berufliche Tätigkeit als Kaufmann wieder auf. In dieser Zeit bereiste er verschiedene europäische Länder. Er konnte bei dieser Gelegenheit auch Bekanntschaft mit dem Dichter des „Wintermärchens" schließen — Heinrich Heine.

Im Jahr 1852 trennte sich Georg Weerth von Europa. Seine verschiedenen Reisen führten ihn bis nach Chile, Argentinien und Brasilien. Bekannt sind von diesen Reisen seine Brieffeuilletons, mit denen der Dichter großartige Schilderungen der dortigen Bewohner und ihres Lebens lieferte.

Mehrfach hatte Weerth Freunden gegenüber geäußert, er gedenke als ständigen Wohnsitz und Ausgangspunkt für seine Reisen Kuba zu wählen. Dieses letzte Vorhaben des Dichters ist in Erfüllung gegangen, wenn auch — wie Wilhelm Wolff in einem Brief an Marx schrieb — „in einem anderen Sinn": Am 30. Juli 1856 starb Georg Weerth, der Vierunddreißigjährige, in Havanna an einem Tropenfieber. Er wurde in der Hauptstadt Kubas beigesetzt. Erschüttert empfing Marx die Nachricht von dem frühen Tod des Freundes und Kampfgefährten.

Weerths Tod war ein schmerzlicher Verlust für die Freunde und auch für die deutsche Literatur. Ihm, dem frechen und geistreichen Spötter, dem volkstümlichen Poeten, dem Journalisten und Revolutionär, dem treuen Gefährten von Marx und Engels, gilt auch heute unsere Achtung und Bewunderung. Seine Beiträge sind immer noch ein blitzendes Schwert der deutschen Arbeiterklasse in ihrem Kampf für ein besseres Leben.



Georg Weerth

Der Kanonengießer

Die Hügel hingen rings voll Tau;
Da hat die Lerche gesungen.
Da hat geboren die arme Frau —
Geboren den armen Jungen.

Und als er sechzehn Jahre alt:
Da wurden die Arme strammer;
Da stand er in der Werkstatt bald
Mit Schurzfell und mit Hammer.

Da rannt er den Öfen in den Bauch
Mit schweren Eisenstangen,
Daß hell aus Schlacken und aus Rauch
Metallne Bäche sprangen!

Kanonen goß er — manches Stück!
Die brüllten auf allen Meeren;
Die brachten die Franzen ins Unglück
Und mußten Indien verheeren.

Die warfen Kugeln, leidlich schwer,
Den Chinesen in die Rippen;
Die jauchzten Britanniens Ruhm daher
Mit eisernen Kehlen und Lippen!

Und immer goß der lust'ge Held
Die blitzenden Geschütze:
Bis ihm das Alter ein Bein gestellt,
Die Fäuste wenig nützte.

Und als sie versagten den Dienst zuletzt,
Da gab es kein Erbarmen:
Da ward er vor die Tür gesetzt
Wohl unter die Krüppel und Armen.

Er ging — die Brust so zornig weh,
Als ob sie der Donner durchgrollte
Von allen Mörsern, die er je
Hervor aus den Formen rollte.

Doch ruhig sprach er: „Nicht fern ist das,
Vermaledeite Sünder!
Da gießen wir uns zu *eignem* Spaß
Die Vierundzwanzigpfünder."

Erlebnis bei einem Besuch in San Francisco

Gewerkschaftsbonzen rufen die Polizei

Von einer Hamburger Volkskorrespondentin

Seit Mitte Juli halte ich mich in den USA und in Mexiko auf. Anlaß für diesen Bericht ist ein Erlebnis, das ich in San Francisco hatte. Durch Zufall kam ich in der market street an demonstrierenden Menschen vorbei. Ich fragte, warum sie demonstrieren. Als sie merkten, daß ich Interesse für ihren Kampf hatte, forderten sie mich auf, dabei zu bleiben und selber zu sehen, was los ist.

Ein gutes Dutzend Zimmerleute (carpenters) hatte sich vor dem Gewerkschaftshaus der Zimmerleute in der market street versammelt. Auf Schildern gaben sie ihre Forderungen bekannt: **Laßt die Anklagen fallen! Verteidigt das Streikrecht!**

An diesem Abend waren acht Zimmerleute vor das „executive council", das bei uns dem Gewerkschaftsvorstand entspricht, zitiert worden. Die Kollegen hatten sich aktiv am 14 Tage dauernden Streik im Juni beteiligt — zu aktiv in den Augen der Gewerkschaftsbonzen. Die Kollegen hatten auch an solchen Stellen Streikposten aufgestellt, die nach Absprachen zwischen den Unternehmern und der Gewerkschaftsführung vom Streik verschont bleiben sollten. Es handelte sich dabei um wichtige Bauprojekte.

Die kämpferischen acht Zimmerleute wurden nun „angeklagt", gegen Satzungsbestimmungen verstoßen zu haben. An diesem Abend sollten sie vor dem Gewerkschaftsvorstand des district zur Rechenschaft gezogen werden. Anschließend würde der Gewerkschaftsvorstand dann entscheiden, ob es zu einem Verfahren (trial) kommen oder ob man die Anklagen fallen lassen würde.

Die acht Kollegen wurden von etwa zehn weiteren Kollegen bei ihrem „hearing" solidarisch unterstützt. Gegen 19.00 Uhr erschien der „business official", ein freigestellter Gewerkschaftsfunktionär, und forderte die acht Zimmerleute auf, einzeln nach oben zu kommen. Die Kollegen jedoch hatten vorher verabredet, daß alle gemeinsam vor dem executive council erscheinen werden.

An der Tür entstand ein kurzes Gerangel, als gegen den Widerstand des Gewerkschaftstypen alle acht plus Freunde und Kollegen ins Gebäude drängten. Der Gewerkschaftstyp schrie uns an, wir sollten sofort das Gebäude verlassen, wir würden Hausfriedensbruch begehen und hätten kein Recht, hier zu sein. Die Kollegen machten jedoch klar, daß es ihr Gewerkschaftshaus sei, von ihren Beiträgen bezahlt, und daß sie nicht nachgeben wollten.

Plötzlich, wie aus dem Boden gestampft, tauchte ein Polizeisergeant auf, schon vorher von den Bonzen in Vorahnung der Protestaktion herbeigerufen. Aber auch jetzt blieben die Kollegen fest. Der Polizist drohte brüllend mit Polizeiverstärkung, die uns festnehmen würde. Wir blieben, obwohl er über walkie-talkie die Verstärkung anforderte.

Innerhalb von Minuten kamen 5 Streifenwagen unter Sirenengeheul angerast. Etwa zehn bewaffnete Polizisten stürmten herein und begannen uns aus dem Gebäude zu treiben. Wir waren gezwungen, unter Protest zu weichen. Ein Kollege, der mit einem Zivilbullen aneinandergeraten war, wurde festgenommen. Er wurde — mit Handschellen gefesselt — abtransportiert.

Wir benachrichtigten einen Anwalt, der nach kurzer Zeit eintraf. Vorher hatte man vergeblich versucht, herauszufinden, wohin der festgenommene Arbeiter gebracht worden war. Um auf alle Eventualitäten des amerikanischen (Un)rechtswesens gewappnet zu sein, sammelten wir für eine Kaution. 160 Dollar kamen zusammen. Gegen 20.30 Uhr kamen die acht aus dem Gewerkschaftshaus. Eine Entscheidung über die Anklage sollte erst in einigen Wochen fallen.

Anschließend diskutierten wir noch bei einem Glas Bier über die Situation der Gewerkschaften in den USA und in der Bundesrepublik. Ich erzählte von der Arbeit der RGO, ihren Zielen und ihrm Vorgehen.

Veranstaltungen zum Antikriegstag in Nürnberg

Freitag, 29.8., 19.30 Uhr, Adam-Scharrer-Haus, Humboldtstraße 103
Film: „Nackt unter Wölfen"

Samstag, 30.8., 15.00 Uhr, Adam-Scharrer-Haus
Film: „Die Brücke"

Samstag, 30.8., 19.30 Uhr, Adam-Scharrer-Haus
Die Gruppe „Schrott und Spott" spielt Lieder gegen den Krieg

Sonntag, 31.8., 19.30 Uhr, Adam-Scharrer-Haus
Film: „Die Brücke"

Montag, 1.9., Fackelzug des DGB zum Antikriegstag (genauer Termin noch nicht bekannt)

Dienstag, 2.9., 19.30 Uhr, Adam-Scharrer-Haus
Film: „Der unbekannte Soldat"

Während der ganzen Zeit ist im Adam-Scharrer-Haus eine Ausstellung der VOLKSFRONT zu sehen über das Thema: „Wie sicher sind wir im Ernstfall?"



WIE KÄMPFT MAN FÜR DEN FRIEDEN?

Ein Jahr verstärkter Kriegsvorbereitungen liegt hinter uns

Im letzten Jahr, anläßlich des Antikriegstags, als sich der Beginn des zweiten Weltkrieges zum vierzigsten Male jährte, nahmen so viele — vor allem junge — Menschen wie noch nie an den zahllosen bundesweiten Aktivitäten für den Frieden teil. Nicht von ungefähr aber war der Inhalt dieses Kampftages im letzten Jahr vor allem vom Kampf gegen den Faschismus gekennzeichnet. Zum einen geschah dies unter dem Eindruck der kurz zuvor beschlossenen Kanzlerkandidatur von Strauß, zum anderen stand die Frage des Kampfes gegen eine aktuelle Kriegsgefahr noch weit weniger konkret als heute, ein Jahr später.

Ereignisse im Zeitraffer

Innerhalb dieser letzten zwölf Monate haben die beiden imperialistischen Supermächte ihre Maske der Friedenspolitik fallen lassen. Mit Feuer und Schwert sorgen beide für die von ihnen geforderte Friedhofsruhe in ihrem eigenen Machtbereich. Die USA in El Salvador, in ganz Mittelamerika und Südkorea, die UdSSR in Afghanistan und Äthiopien.

Mit brutaler Gewalt versuchen die USA-Imperialisten, die Ergebnisse der nationalen Revolution im Iran rückgängig zu machen, konzentrieren neue Militärkräfte im Pazifischen Ozean, dringen in den Iran ein und schmieden nach dem ersten Scheitern weiterhin entsprechende Pläne.

Während die USA die Stärke und Zahl ihrer Stützpunkte weiter ausbaut, sei es auf der Insel der Vertriebenen, Diego Garcia, sei es in der Türkei, in Kenia, Oman oder Ägypten, landet die sowjetische Flotte in Indien, in Vietnam, in Aden und Asmara.

Im Dezember 1979 faßt die NATO ihren von der Nuklearen Planungsgruppe seit 1977 vorbereiteten Beschluß über die sogenannte Nachrüstung und leitet so eine neue Runde im Wettrüsten ein. Mit dem scheinheiligen Hinweis auf die sowjetische Aggression gegen Afghanistan wird das von General Haig bereits 1978 propagierte Langzeitrüstungsprogramm beschleunigt durchgeführt. Der Ton wird immer aggressiver.

Ein neuer Höhepunkt wurde dabei in den letzten Tagen erreicht, als US-Präsident Carter die neue Atomdirektive der USA bekanntgab, die die logische Konsequenz aus dem NATO-Rüstungsprogramm ist, einen auf Europa begrenzten Atomkrieg zu ermöglichen mit jenen beschönigend „eurostrategisch" genannten Todesbringern, die vor allem in der Bundesrepublik stationiert werden sollen.

Wettrüsten weiter verstärkt

Im Jahr 1979 gaben die USA 135 Milliarden US Dollar, die UdSSR 106 Milliarden US Dollar für ihre Aufrüstung aus, die Bundesrepublik runde 30 Milliarden Dollar. Diese drei Staaten brachten also mehr als die Hälfte der weltweit verbrauchten 500 Milliarden für Rüstung auf.

Immer neue Waffensysteme werden dabei produziert, Angriffswaffen allesamt. Die Rüstungsschmieden verstärken ihre Lobby, die Kriegsgewinnler haben Konjunktur. Hauptgewinner bei der Totalneuausstattung der Bundeswehr ist die Elektroindustrie, deren Anteil bei den Tornados bei 33 Prozent liegt, bei den Leopard II bei 35 Prozent, bei den neuen Fregatten über 50 Prozent.

Angriffswaffen sind die jetzt so fadenscheinig als Nachrüstungswaffen bezeichneten Pershing II, die in Wirklichkeit seit 1974 vorbereitet wurden, ebenso wie die Cruise Missile, die seit März 1980 bereits in einem 4-Milliarden-Dollar-Auftrag von Boeing in Serie gefertigt werden, die seit 1976 produktionsreif waren.

Angriffswaffen sind auch die sowjetischen SS-20-Raketen, mit deren Schlag auf Deutschland Breshnew im Fall der Fälle bereits gedroht hat. Als die UdSSR im Jahre 1949 ihre Atombombe hatte, begrüßten das die Kriegsgegner in aller Welt, weil das den konkret vorliegenden amerikanischen Kriegsplänen einen Strich durch die Rechnung machte. Heute aber ist die Sowjetunion kein sozialistisches Land, ist selbst aggressiv. Das zeigen nicht nur die SS-20-Raketen und die Aggressionen gegen die CSSR und Afghanistan. Das zeigt auch der rasche Aufbau einer Hochseeflotte mit Atom-U-Booten. Den einst gültigen Stalinschen Leitsatz, „die UdSSR braucht zu ihrer Verteidigung nur eine küstennahe Marine", bezeichnete der Admiral Gorschkow als „Irrsinn".

Friedensgesänge der Kriegshetzer

Natürlich will keiner den Krieg — noch nie wollte jemand den Krieg, wenn man direkt danach fragte. Im wesentlichen gibt es drei verschiedene Arten, wie falsche Vorstellungen und Illusionen unter die Bevölkerung getragen werden, um den Willen nach Frieden aufzuweichen, die Bereitschaft, dafür aktiv zu werden, zu lähmen.

Zum ersten die offizielle NATO-Doktrin der „Abschreckung". Hier wird vor allem mit der vom CIA fabrizierten zahlenmäßigen Überlegenheit der Nuklearwaffen des Warschauer Paktes argumentiert, und dementsprechend muß erst „nachgerüstet", „modernisiert" und sonstwie gerüstet werden, um über Abrüstung verhandeln zu können. Die Konsequenz dieser Politik ist die jetzige neue amerikanische Nukleardoktrin, des gezielten und begrenzten Atomschlags — so rückt der Atomkrieg näher.

Tatsache aber ist, rechnet man die Waffen für alle Entfernungen und aller Typen zusammen, daß die NATO höher gerüstet ist als der Warschauer Pakt, daß bei voller Ausschöpfung der SALT-Abkommen im Jahre 1985 ein Verhältnis von 17 000 zu 14 000 Atomsprengköpfen bleibt, ein Verhältnis, das heute bei rund 11 000 zu 7 000 liegt. Tatsache ist auch, daß die NATO nach wie vor einen wichtigen Vorsprung in der elektronischen Waffenlenkung hat, wie die Cruise Missiles beweisen.

Die andere, für engagierte Kriegsgegner gefährlichere Methode der Täuschung ist die Propaganda für die Entspannung. Sie appelliert an die Wünsche der Völker und arbeitet mit Fälschungen und Lügen. Sie wird in zwei Varianten vorgebracht — der sozialdemokratischen, auf der NATO-Mitgliedschaft basierend, und der revisionistischen der DKP. Sie verbreitet die Moskauer Propaganda, der Warschauer Pakt sei im Gegensatz zur NATO ein Friedenspakt.

Im wesentlichen werden vier Argumente von diesen heuchlerischen Entspannungsbefürwortern benutzt, mit denen es ihnen gelingt, viele Menschen zu täuschen.

Die KSZE in Helsinki von 1975 sollte eine freiere Atmosphäre schaffen und demokratische Verhältnisse als Voraussetzung des Friedens sichern — realistisch betrachtet, sind die Ergebnisse gerade umgekehrt. Weder herrscht in Europa mehr Demokratie, noch hat sich die Atmosphäre verbessert, im Gegenteil: Heute klingen wieder die Formeln des kalten Krieges, nur dieses Mal hüben wie drüben.

Die Wiener MBFR-Verhandlungen über Truppenabbau: Sie sind bereits im Dezember 1979, zur Zeit des NATO-Nachrüstungsbeschlusses, in ihre sage und schreibe 222. Plenumssitzung gegangen, ohne bisher irgendein Ergebnis erzielt zu haben.

Die beiden SALT-Abkommen, von denen das zweite in den USA gar noch boykottiert wird, sind erstens ihrem Wesen und Inhalt nach keine Abkommen über Abrüstung, sondern begrenzen die weitere Aufrüstung: auf rund das Zweieinhalbfache ist wie bei Vertragsabschluß!

Kennzeichnend für die Strategie der beiden Supermächte ist aber nicht nur, daß diese Verträge faktisch eine gegenseitige Absprache über die weitere Aufrüstung darstellen. Bisher wurde lediglich über die gegenseitigen Interkontinentalraketen verhandelt.

Im Jahre 1969, bei der Vorbereitung von SALT I, weigerten sich so zum Beispiel die USA, dem Verlangen verschiedener westeuropäischer Staaten nachzugeben, auch über die — damals schon vorhandenen — sowjetischen Mittelstreckenraketen SS 4 und SS 5 zu verhandeln. Dies würde bedeuten, daß auch über die vorgelagerten amerikanischen Stützpunkte (FBS) verhandelt werden müsse, und das könne die USA nicht akzeptieren! Die Zustimmung der UdSSR zu diesen Verhandlungen zeigt, daß sie, genau wie die USA (was unsere Partei schon mit vielen Tatsachen bewies) darauf spekuliert, ihren Waffengang in Mitteleuropa auszutragen.

Der einzig gangbare Weg: Friedensplan der KPD

Während also sowohl jene Kräfte, die den Frieden von der Aufrüstung der NATO abhängig machen wollen, wie auch jene, die von den Kriegsgegnern verlangen, den Warschauer Pakt als friedfertig anzuerkennen, diese Bewegung in die Irre leiten, sie einengen und schwächen, hat unsere Partei mit ihrem Friedensplan den einzig wirklich gangbaren Weg zur Sicherung des Friedens in unserem Land gezeigt.

Nur so, mit dem Ausscheren aus dem aggressiven NATO-Block und der Ablehnung der Pseudofriedensinitiativen des aggressiven Warschauer Pakts, im konkreten Kampf in unserem eigenen Land, im Kampf unserer Menschen, unserer Arbeiterklasse wird der Frieden sicherer.

Der Vorschlag unserer Partei hat nichts zu tun mit den chauvinistischen Vorschlägen der französischen Eurorevisionisten, die den französischen Imperialismus außerhalb der NATO stark sehen wollen. Der Friedensplan der KPD zielt auf die Schwächung der Blöcke und der westdeutschen Imperialisten. Für diese ist er genauso eine Kampfansage wie für jene, die sich links nennen und sich weigern, konkrete Alternativen anzubieten.

Die Werktätigen unseres Landes, das zeigen schon die ersten Erfahrungen mit diesem Plan, sind interessiert, sind dafür, sind für Neutralität. Die vielen Fragen, die dabei entstehen, muß die KPD, muß jeder Genosse beantworten — gerade am Antikriegstag, wo so viele sich an Aktionen für den Frieden beteiligen werden. **Kämpfen wir für den Frieden!**

Helmut Weiss

Veranstaltungen der KPD zum Antikriegstag

Mitglieder des Politbüros der KPD sprechen zum Friedensplan unserer Partei.

BIELEFELD: 28. August, 19.30 Uhr, „Eggetal, Arthur-Ladebeck-Str., Redner: Ernst Aust

BREMEN: 29. August, 20 Uhr, Gaststätte „Kuhhirte", Kuhirtenweg Ecke Deichstraße, Redner: Ernst Aust

DARMSTADT: 30. August, 15 Uhr, Gaststätte „Weißer Schwan", Darmstadt-Arheilgen, Frankfurter Landstr., Redner: Horst-Dieter Koch

DORTMUND: 3. September, 20 Uhr, Haus Goebbein, Schützenstr., Redner: Horst-Dieter Koch

HAMBURG: 30. August, 16 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee, Redner: Ernst Aust. Es treten auf: Elbe 1, Blinkfüer, Ratte & Schmeißfliege.

KIEL: 30. August, 19.30 Uhr, Gaststätte „Weidmanns Ruh", Eckernförder Str., Rednerin: Karin Wagner

KÖLN: 29. August, 19 Uhr, Gaststätte „Mathildenhof", Mathildenstraße, Köln-Deutz, Redner Horst-Dieter Koch. Es tritt auf: Die Gruppe „Zeitzünder" aus Düsseldorf.

WEINHEIM: 31.8., 20 Uhr, Gaststätte Weschnitztal, **Thema:** Friedensplan der KPD — Erläuterungen und Diskussion.

WITTEN: 2. September, 19.30 Uhr, Gaststätte „Zur alten Zeit", Johannisstraße, Redner: Horst-Dieter Koch

Aktionen der Volksfront zum Antikriegstag

WESTBERLIN: Demonstration, 1. September, 17.00 Uhr; Kaufhaus Bilka am Kottbuser Damm, Abschlußkundgebung 18.30 Uhr, Hermannplatz

WITTEN: Fackelzug, 1. September, 20.00 Uhr, Rathausplatz

NÜRNBERG: 3. September, 19.30 Uhr, Veranstaltung „Antikriegstag 1980" im Adam-Scharrer-Haus, Humboldtstraße 103 (siehe auch Seite 8 Veranstaltungsreihe im Adam-Scharrer-Haus)

Eine immer offenere Sprache Washingtons

US-Minister Brown droht mit Atomschlag

WASHINGTON.— Nur wenige Tage nachdem US-Präsident Jimmy Carter die neue Atomdirektive Nr. 59 bekanntgegeben hatte, die in der Öffentlichkeit als Maßnahme zur Verhinderung eines totalen Atomkrieges verkauft werden sollte, kam sein Pentagon-Minister Brown zum Kern der Sache.

Vor der Presse in der amerikanischen Hauptstadt sagte Brown, im Falle eines sowjetischen Angriffs mit normalen Waffen in Europa sei es durchaus denkbar, daß dieser mit einem konzentrierten Atomschlag, entsprechend der Carterschen Doktrin beantwortet werde. Auch in bezug auf die Zielrichtung der US-Atomraketen ließ er keinen Zweifel aufkommen. Die Zielgenauigkeit der neuen amerikanischen Waffen, Grundlage für Carters Doktrin, die angeblich dafür sorgen soll, daß nur direkt militärische Ziele getroffen werden, wird von Brown so ausgelegt, daß sie es ermöglicht, begrenzte Angriffe auf Ziele von besonderer militärischer und politischer Bedeutung durchzuführen.

Man erinnere sich daran, daß die USA bereits vor 35 Jahren solch einen Angriff auf ein Ziel von besonderer politischer Wichtigkeit unternahmen: auf die japanische Großstadt Hiroshima!

Und solche Ziele bieten sich in Europa genug an: Moskau, Warschau, Berlin, oder auch, im Falle eines Panzervormarsches, dem zuvor der Weg frei gemacht wurde, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart... Stück für Stück, Wort für Wort geben so die Verwalter des Militärapparates des amerikanischen Großkapitals zu erkennen, was ihre wahren Pläne sind. Und diese sind einfach und brutal: Weltherrschaft um jeden Preis, auch um den Preis eines Atomkrieges, wenn sie meinen sie sicher sind, ihn zu gewinnen!

Die Streiks der polnischen Arbeiter erschüttern Giereks Regime

Der sozialistische Schein blättert ab ...

Polens kapitalistische Wirtschaft in der Krise

Die polnischen Arbeiter, die nach den großen, aufstandsähnlichen Unruhen von 1970, der Streikbewegung von 1976 und verschiedenen begrenzten Widerstandsaktionen in den Jahren 1974 und 1977 nun zum dritten Mal in einer gesamtnationalen Bewegung gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung kämpfen, haben diesmal, deutlicher als je zuvor, auch politische Forderungen erhoben. Zu einem Zeitpunkt, da die Herrschenden des Landes schon frohlockten, die Streikbewegung sei abgeebbt, traten auch die Arbeiter der Werftindustrie in den Kampf und verliehen der Bewegung neue Kräfte. Es steht nun nicht nur die Forderung nach Lohnerhöhungen, sondern auch nach Streikfreiheit und eigenen, von der revisionistischen Partei unabhängigen Gewerkschaften. Der Hintergrund dieser explosiven Lage in Polen ist die hektische „Reformpolitik" der Gierek-Leute, mit der die kapitalistische Wirtschaft gefestigt werden soll und deren Durchführung seit Beginn des Jahres wesentlich beschleunigt wurde.

Die Macher treten an...

Nach den Unruhen von 1970, als der alte Konterrevolutionär Gomulka (von einem polnischen sozialistischen Gericht 1950 wegen konterrevolutionärer Umtriebe zu Gefängnis verurteilt) von seinen sowjetischen Oberherren dem Widerstand der Arbeiter geopfert wurde, traten sie an: Pragmatiker, erfolgreiche Provinzmanager und so weiter wurden sie genannt. Jene Gruppe von Leuten, die nach 1956 in mittlere und höhere Führungspositionen der polnischen revisionistischen Partei aufgerückt waren, die Industriebezirke leiteten, die Gierek, Rakowski, Babiuch, Olszowski. Ihr Hauptslogan war der von der „Verbesserung des Lebensstandards". Ihren Weg gaben sie klar zu erkennen: mit westlicher Hilfe an Kapital und Technik eine starke polnische Schwerindustrie aufbauen, als Basis für die weitere Entwicklung des Landes. Und die investierten Kapitalien waren ungeheuer groß. Steigerungsraten von bis zu 25 Prozent im Jahr (1973) zeigen, wie hektisch darangegangen wurde, diesen Kurs zu verwirklichen.

Insgesamt wurden in dem ersten Fünfjahrplan unter Giereks Führung 1 900 Milliarden Zloty in die Industrie investiert, mehr als doppelt soviel wie in den fünf Jahren zuvor.

Tatsache ist, daß mit einer Förderung von 205 Millionen Tonnen Steinkohle Polen der größte europäische Steinkohlenproduzent ist, daß 41 Millionen Tonnen Braunkohle Polen den fünften Rang der Welt in der Förderung von Braunkohle einnehmen lassen. Mit 289 000 Tonnen Kupferproduktion liegt Polen an achter Stelle der Welt, mit 54 900 Tonnen Blei an vierzehnter Stelle, mit 2 800 Tonnen Nickel an 16. Stelle, mit 216 000 Tonnen Zink an achter Stelle, mit 21,6 Millionen Tonnen Zementproduktion an neunter Stelle, mit 4,8 Millionen Tonnen Schwefel an zweiter Stelle der Welt. Und auch in der Landwirtschaft steht Polen von der Produktion her keineswegs besonders schlecht da. Die vielgenannte Fleischproduktion liegt mit 2,6 Millionen Tonnen (davon 1,5 Millionen Tonnen Schweinefleisch) an elfter Stelle der Welt, die 5,4 Millionen Tonnen Weizen bedeuten den 17. Platz in der Welt, über 46 Millionen Tonnen Kartoffeln bedeuten den zweiten Platz in der Weltproduktion.

Ist es also doch so, wie in der westlichen Propaganda dargestellt, daß nur die staatliche, bürokratische Organisierung der Wirtschaft schuld an den Versorgungsengpässen ist?

Gerade das Gegenteil von den Propagandabehauptungen ist richtig. Es ist vor allem die Exportpolitik der polnischen herrschenden Klasse, die das Land ausblutet. So wird, trotz des Mangels an Energie, ein Fünftel der polnischen Steinkohle, 40 Millionen Tonnen, exportiert. Auch der Export von Kuperprodukten wurde ständig gesteigert, während im Land zum Beispiel Stromleitungen fehlen. Und auch die Landwirtschaft, vor allem die Viehzucht, sah in den letzten zehn Jahren den Hauptteil ihrer Zuwachsraten im Ausland verschwinden, gegen harte Devisen.

Die hektische Exportpolitik Polens, die der einheimischen Bevölkerung und auch der Industrie lebenswichtige Güter entzieht, ist notwendig, um den Kurs der Gierek-Leute bei der Wirtschaftsausdehnung zu verfolgen, um die westlichen Milliardenkredite zu bezahlen. Es geht aber noch viel weiter. Die faktische Auflösung des staatlichen Außenhandelsmonopols und die zunehmende Privatisierungswelle in Handel und Dienstleistungen führen, zusammen mit der künstlichen Warenverknappung durch Export, zu einer ständigen Teuerung. So betrug in Polen 1978 die offiziell eingestandene Inflation 5,4 Prozent, wurde aber inoffiziell auf über 10 Prozent angegeben.

... aber die Arbeiter machen nicht mit

Der ersten massiven Preiserhöhung unter Gierek begegneten die Arbeiter abermals mit Streiks und eigener Organisierung. Wieder kam es zu militanten Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften und der Partei selbst. In dieser Situation wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten formierten sich in Polen auch die Kräfte der offenen Reaktion, angeführt vom hohen katholischen Klerus.

Giereks Reformrezepte waren in diesen Situationen wachsender Schwierigkeiten nicht wirklich neu. Steigerung des Exports, Rationalisierung der Produktion und Verteuerung der Nahrungsmittel waren schon Gomulkas „Katalog". Aber sowohl 1974 als auch und vor allem 1976 und noch einmal 1977 standen die Arbeiter auf, kämpften für die Verbilligung der Nahrungsmittel und für Lohnerhöhungen. So stieg der durchschnittliche Arbeiterlohn von knapp 2 400 Zloty im Jahre 1970 auf 3 500 im Jahre 1975 und bis auf fast 4 800 Zloty heute — Gierek brüstet sich damit, jedoch waren diese Lohnerhöhungen erkämpft. Ebenso wie die Fortsetzung der — 1970 als Zugeständnis wesentlich erweiterten — staatlichen Stützung der Fleischpreise erkämpft wurde.

So verteidigten Polens Arbeiter sich gegen die kapitalistischen Angriffe, wobei sich, entgegen der bürgerlichen Propaganda, auch immer wieder ein linker Flügel dieser Bewegung zeigte, der mit der „Internationale" auf den Lippen zum Kampf antrat, wie auch jetzt wieder in den Werften von Gdansk.

Während der 76er Streikbewegung und in der Verfassungsdebatte zeigte sich auch die katholische Opposition in verstärktem Maße offen und organisiert.

Das wahre Wesen dieser Opposition aber zeigte sich immer deutlicher. In der Verfassungsdebatte im Sejm vertrat der alte Graf Lubanskiy zum ersten Mal offen die nationalistischen Thesen des Klerus, hinter denen sich die wachsende Zahl der Privateigentümer sammelte. Die Znak- und PAX-Abgeordneten im Parlament kritisierten nicht nur die Abhängigkeit von der UdSSR, sondern nutzten diese Kritik aus, um alte polnische nationalistische Thesen zu verbreiten — unter Giereks Beifall. So gerieten die Gierek-Leute zusehends unter den Druck der Privateigentümer. Und diese Klasse ist durch Gomulkas und Giereks Politik nicht etwa beseitigt, sondern wieder vergrößert worden.

Einst waren in der polnischen Landwirtschaft 30 Prozent der Wirtschaften landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften — heute sind es noch 1,3 Prozent. Zusammen mit den Staatsgütern und den agrarischen Zirkeln, die eine sehr niedrige Stufe der gemeinsamen Produktion darstellen, umfassen sie heute etwa 20 Prozent der Landwirtschaft, 78 Prozent werden von 3,2 Millionen privaten Bauernhöfen gebildet.

Der beschleunigte kapitalistische Kurs Giereks aber rief nicht nur den Widerstand der Arbeiterschaft hervor sowie das Verlangen der Privateigentümer und des hohen Klerus nach noch größerer Beschleunigung dieses Kurses, sondern auch den Unwillen der Überreste der Gomulka-Fraktion in der Partei, die sich als Interessenvertreter der bürokratischen Bourgeois in Partei und Staat sahen. So kam es im Laufe des Jahres 1979 zu einer harten parteiinternen Auseinandersetzung. Dabei siegte am Ende Gierek. Er mußte zwar den am meisten exponierten Olszowski opfern, aber er zwang den Führer der „allmählichen Reformer", Ministerpräsident Jarosciewicz zum Rücktritt und postierte seinen Mann, Babiuch, an dessen Stelle. Jetzt war der Weg für die Anhänger der „maximalen Dezentralisierung" frei, die sich um Giereks Sprachrohr, den „Polytika"-Chefredakteur und ZK-Mitglied Rakowski sammelten, lautester Kritiker der Bürokratie im Lande und in Zeitungen wie „Handelsblatt" oder der „Frankfurter Allgemeinen" hoch gelobt.

Gleich darauf, im Februar/März dieses Jahres, kam der Regierungsbeschluß über die Privatisierung im Handel und in den Dienstleistungsbereichen zustande, der die Gründung von 100 000 privaten Betrieben mit bis zu vier Angestellten ermöglichte — worauf sich eine halbe Million Interessenten meldeten. In diesem Beschluß war ausdrücklich betont worden, bevorzugt würden bei der Erteilung der Erlaubnis „erfahrene Menschen, die schon einen Betrieb besessen haben" sowie „gut Ausgebildete" und „Mitglieder des Staatsapparats". So entstand faktisch ein Zusammenschluß zwischen ehemaligen und langjährigen Privateigentümern sowie den Bürokraten. Kurz darauf wurde 30 000 kleinen Betrieben, die Teil der staatlichen Planwirtschaft gewesen waren, die Erlaubnis erteilt, frei und eigenmächtig für den Markt zu produzieren. Sie wurden aus dem Plan genommen. Das verstärkte die Positionen des Kapitalismus noch mehr.

Giereks Freunde im Westen

Auffällig ist, daß die offen reaktionäre Opposition im Westen relativ wenig unterstützt wird. Die Forderungen der Arbeiter sogar direkt kritisiert und als utopisch dargestellt werden.

Im Zentrum dieser Kritik stand die völlig berechtigte Forderung der Arbeiter, nur solche Waren zu exportieren, die im Lande selbst nicht benötigt werden. Die westlichen Kapitalisten wollen natürlich aus ihren Krediten nicht nur die Zinsen holen, sondern auch billige polnische Waren haben und die gemeinsamen Betriebe, die in Polen für den Export produzieren, weiter ausbauen. So ist die polnische Autoindustrie weitgehend von der italienischen Agnelli-Gruppe beeinflußt, die Maschinenausrüstung für die polnischen Schiffe liefern die westdeutschen Elektromonopole, die chemische Industrie Polens wird vor allem von der Banque Nationale de Paris kontrolliert, die Bank of America hat in verschiedenen Industriezweigen mehrere Milliarden Dollar investiert. Insgesamt gibt es über 400 gemeinsame Betriebe — ein Grund für das westliche Kapital, gegen die Forderung dr Arbeiter nach Lohnerhöhung zu sein.

Moskaus langer Arm

Wenn auch die westliche Strategie, den Einfluß durch eine immer engere wirtschaftliche Einbindung Polens in den Wirtschaftsbereich der EG-Staaten und der USA zu erhöhen, aufgeht, so ist es doch immer noch die andere imperialistische Supermacht, die Polen unter Kontrolle hält. Zwar sind heute die prowestlichen Kräfte in Polen auch innerhalb der Partei stark, aber noch stehen sowjetische Soldaten im Land, noch gibt es eine starke Moskauer Fraktion in der Partei, haben sich die ehemaligen Gomulka-Leute mit dieser Fraktion zusammengeschlossen, und noch ist Polen im wirtschaftlichen Gefüge von Moskaus RGW integriert.

Die ausbeuterische Politik der sowjetischen Imperialisten ihrerseits in den letzten Jahren hat dazu geführt, Polen noch weiter nach Westen zu treiben. Anläßlich der polnischen Mißernte in Weizen im letzten Jahr weigerten sich die Kremlherren, Polen einen Vorzugskredit einzuräumen, weshalb dieser in den USA aufgenommen wurde. Andererseits erhöhten die Moskauer Imperialisten allein in der Zeitspanne von 1974 bis 1977 ihren Erdölpreis um genau 100 Prozent, was wesentlicher Grund für die negative polnische Außenhandelsbilanz war.

Im Gegensatz zu den westlichen Krediten, die breit gestreut sind, um einen möglichst weitreichenden Einfluß zu gewinnen, sind die sowjetischen Kredite sehr genau gezielt auf diejenigen Bereiche, von deren Produktion die UdSSR selbst Vorteile hat. So zum Beispiel zielt die vielgepriesene Hilfe zum Aufbau des Hüttenwerks von Kattowice auf die Stärkung der polnischen Werftindustrie, die zu 2/3 für die UdSSR arbeitet. So produziert Polen zwar 20 Millionen Tonnen Stahl, die aber zur Veredelung in die UdSSR müssen und zum dreifachen Preis zurückgekauft werden.

So stehen Polen, im Tauziehen zwischen den imperialistischen Blöcken, auch in Zukunft schwere Tage bevor. Die herrschende bürgerliche Klasse Polens wird weiterhin eine Politik des Ausverkaufes des Landes betreiben, um die eigene Position zu sichern. **Die USA haben bereits betont, daß sie eine sowjetische Intervention in Polen nicht hinnehmen würden. Und beide Blöcke bringen die polnischen Kräfte in ihren Diensten zusehends mehr ins Spiel.**

Die Hoffnung auf eine bessere Entwicklung in Polen, auf Unabhängigkeit wie erst recht auf Sozialismus trägt so die polnische Arbeiterklasse, vor allem ihr linker Flügel.

Helmut Weiss



Polen

Polen, mit einer Fläche von rund 312 000 Quadratkilometern etwas größer als die Bundesrepublik, hat 35,1 Millionen Einwohner. Die größte Stadt des Landes ist Warszawa (Warschau) mit 1,5 Millionen Einwohnern, weitere Großstädte sind Lodz mit 0,8 Millionen, Krakow mit 0,7 Millionen und Wroclaw mit 0,6 Millionen Einwohnern.

Das Land ist heute vorwiegend ein Industrieland — die Industrie erarbeitet rund 60 Prozent des Nationalprodukts. Polen ist der größte Exporteur von Steinkohle in Europa. Im letzten Jahr wurden 40 Millionen Tonnen Steinkohle exportiert, was rund 15 Prozent des Gesamtexports ausmacht. Polen ist heute aber auch eines der größten Schiffsbauländer der Welt und hat auch den Maschinenbau, insbesondere für die Nahrungsmittelindustrie, stark ausgeweitet. Maschinen- und Transportmittelexport machen zusammen 35 Prozent des Exports aus, Hauptabnehmer ist die UdSSR, bei Maschinen rund 55 Prozent.

Ein Viertel des gesamten Außenhandels bestreitet Polen mit der UdSSR, weitere 35 Prozent mit den anderen Staaten des RGW, 40 Prozent mit dem Rest der Welt, vor allem der EG. 1978 hatte Polen ein Außenhandelsdefizit von 1,8 Milliarden Mark.

Polen ist Mitglied des RGW seit 1949, war an der Verabschiedung des RGW-Statuts von 1960 beteiligt sowie an dessen Änderung 1971. Das Land, in dem heute die 1976 geänderte Verfassung gilt (Polen war der letzte der RGW-Staaten, der seine Verfassung änderte), hat als politische Führung die „Front der nationalen Einheit", die bei den letzten Wahlen zum Sejm 99,46 Prozent der Stimmen bekam. Stärkste Partei ist die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP), die rund 2,5 Millionen Mitglieder hat und 255 der 460 Sejm-Sitze. Die Vereinigte Bauernpartei hat rund 0,5 Millionen Mitglieder und 117 Sitze im Sejm, die Demokratische Partei ungefähr 0,1 Millionen Mitglieder und 39 Sejm-Sitze. Die restlichen 49 Sitze werden von verschiedenen katholischen Gruppierungen eingenommen wie „Pax", „Znak" usw.

Bei der großen Debatte um die Verfassungsänderung im Jahre 1976 zeigte sich in aller Deutlichkeit die Schwäche der polnischen bürgerlichen Führung: An zwei Stellen mußte der Entwurf aufgrund des Drucks der katholischen Reaktion mit Kardinal Wyzynski an der Spitze geändert werden. So wurde der Passus über „die führende Rolle der PVAP" geändert, die laut Verfassungstext dem gesellschaftlichen Fortschritt „voranschreitet". Polen ist, das zeigt sich gerade in diesen Tagen am deutlichsten, war aber schon lange Zeit festzustellen, von den scheinsozialistischen osteuropäischen Staaten derjenige, der bei der offenen Wiedererrichtung des Kapitalismus am weitesten fortgeschritten ist, in dem die gesellschaftlichen Widersprüche am klarsten zutagetreten.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE	
	1. Programm		
13.00-13.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
14.30-15.00	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
16.00-16.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
18.00-18.30	9,375 MHz	31 Meterband	KW
	7,300 MHz	41 Meterband	KW
19.00-19.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,395 MHz	215m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,457 MHz	206m	MW
23.00-23.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,457 MHz	206m	MW
06.00-06.30	7,300 MHz	41 Meterband	KW
	5,960 MHz	49 Meterband	KW
	1,395 MHz	215m	MW





Ein Dorf in Malawi — eines der ärmsten Länder der Welt.

Vor der UNO-Debatte um Entwicklungsländer

Gestiegen ist nur die Ausbeutung der Neokolonien

Die Vorschläge der Gremien sollen diesen Zustand zementieren

NEW YORK.— Vor Beginn der UNO-Tagung über die sogenannte „dritte Entwicklungsdekade" sorgten sowohl der Bericht der Weltbank als auch die erneut verstärkte Diskussion über den Bericht der Nord-Süd-Kommission von Willy Brandt dafür, den Eindruck zu erwecken, die kapitalistischen hochindustrialisierten Staaten würden alles tun, um für die Entwicklung der neokolonial beherrschten Länder zu sorgen.

Die dritte Entwicklungsdekade, auf deutsch das dritte Entwicklungsjahrzehnt, das sind die achtziger Jahre. Ausgehend von der politischen Unabhängigkeit zahlreicher vor allem afrikanischer Staaten zu Beginn der sechziger Jahre stimmt daran auch nur dies: daß dieser Vorgang nunmehr zwanzig Jahre vorbei ist. Daß die beiden bisherigen Jahrzehnte, seit denen sich die internationalen, angeblich neutralen oder allseitig mitbestimmten Einrichtungen um diese Länder Afrikas, Asiens und Amerikas kümmern, aber Jahre der Entwicklung gewesen sind, das ist eine reine Propagandaerfindung.

So bekräftigt der jetzt veröffentlichte Bericht noch einmal, daß die Zahl der Menschen, die weltweit in absoluter Armut lebt, die 800-Millionen-Grenze überschritten hat. Im Jahre 1979 verhungerten fast 50 Millionen Menschen, darunter 15 Millionen Kinder. Besonders arm sind die afrikanischen Länder südlich der Sahara, in denen in den letzten fünf Jahren das Bruttosozialprodukt pro Kopf noch nicht einmal statistisch anstieg: 0,0 Prozent! 17 der 26 Staaten der Welt, in denen eine akute Lebensmittelknappheit große Teile der Bevölkerung bedroht, sind afrikanische Staaten.

Das Handelsbilanzdefizit der Entwicklungsländer (ohne OPEC) stieg in den siebziger Jahren von 11 Milliarden Dollar auf 59 Milliarden Dollar Ende 1979. Die Verschuldung dieser Staaten stieg in sechs Jahren von 1973 bis 1979 von 105 auf 330 Milliarden Dollar. Allein Brasilien, das höchstverschuldete Land der Erde, hat 36 Milliarden Dollar zurückzuzahlen. Allein der Schuldendienst dieser Länder, der vor sieben Jahren noch rund fünf Milliarden Dollar jährlich betrug, erhöhte sich auf beinahe 40 Milliarden im letzten Jahr und wird 1981 — das ist keine Prognose, sondern kann ja vorausberechnet werden — auf über 57 Milliarden Dollar ansteigen!

Als Erfolg wird gewertet, daß der Anteil der Entwicklungsländer am weltweiten Export von Fertigwaren der Industrie von 5,3 Prozent im Jahre 1971 auf 8,5 Prozent im Jahre 1979 anstieg. Die Wirklichkeit allerdings sieht anders aus. 56 Prozent dieses Anteils nämlich wiederum fallen auf die vier südostasiatischen Billiglohnländer Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea, weitere 19 Prozent auf Mexiko und Brasilien, zusammen also haben diese sechs Staaten einen Weltmarktanteil von 6,3 Prozent, alle anderen Entwicklungsländer zusammen von nur noch 2,2 Prozent — ein sinkender Anteil.

Die weltweiten UNO-Konferenzen und Folgekonferenzen, die verabschiedete internationale neue Wirtschaftsordnung von 1974, die im Gefolge der OPEC entstandenen Erzeuger- und Lieferantenkartelle für zahlreiche Rohstoffe — alles dies hat zu nichts geführt: Die Abhängigkeit dieser Staaten von den imperialistischen Staaten Ost- und Westeuropas, Japans und vor allem den USA hat sich nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil verstärkt.

Angesichts dieser Entwicklung ist der Vorschlag zu einem Sofortprogramm, das UNO-Generalsekretär Waldheim machte und das auf den Arbeiten der Brandt-Kommission basiert, direkt als ein Hohn zu bezeichnen.

Drei Punkte werden da genannt: Weltbank und Internationaler Währungsfonds sollen verstärkt Mittel vergeben an solche Länder mit aktuellen Zahlungsbilanzschwierigkeiten; die hochindustrialisierten Staaten sollen weitere fünf Milliarden Dollar für 1981 vergeben an die ärmsten Länder, und die Investitionen zur Erschließung neuer Energiequellen sollen verstärkt werden.

Solche Vorschläge sind entweder, sofern sie guten Willens gemacht werden, reine Utopie oder aber bewußte Täuschungsmanöver.

Zur selben Zeit wie der Bericht der Weltbank und verschiedene Erläuterungen zum Brandt-Bericht erschien auch die neueste Liste der wirtschaftlichen Entwicklung der größten Unternehmen der Welt.

Unter den 40 größten Unternehmen der Welt sind 1979 nicht weniger als 14 Ölmonopole gewesen, drei mehr als im Vorjahr. Sieben der neun größten Unternehmen der Welt sind eben jene berüchtigten sieben Schwestern, die das Ölgeschäft im westlichen Kapitalismus und den Entwicklungsländern beherrschen. Allein diese sieben Multis haben ihre Umsätze um 150 Milliarden Mark gesteigert — auf 576 Milliarden Mark. (Damit haben diese sieben Ölmultis — zum Vergleich — einen Umsatz, der 53 Prozent von jenem der gesamten westdeutschen Industrie ausmacht.) Mit diesen Umsätzen strichen sie Profite von über 60 Milliarden Mark ein. Im letzten Jahr investierten diese sieben Monopole und die beiden französischen Multis ELF und TOTAL allein in Afrika mehr als acht Milliarden Mark zur Erschließung neuer Energiequellen, vor allem Öl. Aber die Ölmonopole fassen weltweit nach allen Energiequellen, sie haben ihre Uranprospektoren in Australien ebenso wie ihre Geologen in China, sie besitzen die Rechte auf die kanadischen Teersände und auf die Kohle im Süden Afrikas und mehr als ein Dutzend Fabriken für Sonnenkollektoren. Wo also führt eine Forderung wie die von Waldheim und Brandt hin? Zur weiteren verstärkten, von der UNO gesicherten Tätigkeit der Ölmonopole in den Entwicklungsländern.

Was die Appelle an Weltbank und Währungsfonds betrifft, so ist das, was da gefordert wird, schon lange geschehen: Beide haben ihre Kreditvergabe wesentlich verstärkt, unter dem Kommando des nordamerikanischen Imperialismus härteste Auflagen für die Empfängerländer gemacht und sie so weiter in die Abhängigkeit gebracht.

Was schließlich die öffentliche Entwicklungshilfe betrifft, so ist es eine Tatsache, daß diese schon längst als Deckmantel für das weitere Eindringen des Imperialismus in die Länder Afrikas und Asiens dient.

Gerade anläßlich der heute weltweit äußerst angespannten Ernährungslage haben nämlich die internationalen Institutionen zunehmend dazu gedient, das Vordringen der großen Monopole der USA und Westeuropas auf dem Ernährungsmarkt zu tarnen.

Die Konsultationsgruppe für internationale Agrarforschung CGIAR, die 1971 unter Schirmherrschaft der UNO gegründet wurde, angeregt von McNamara, dem Weltbankpräsidenten (und früheren Fordmanager), faßte die Aktivitäten der Rockefeller-Foundation bei der Mais- und Weizenforschung zusammen und kontrolliert heute sämtliche acht internationalen Pflanzenzuchtgesellschaften und zwei Viehzuchtgesellschaften. Acht der zehn Direktoren dieser zentralen Forschungsinstitute kommen heute entweder aus der Rockefelleroder der Fordstiftung. Dementsprechend sind von den in den letzten 18 Jahren vergebenen 562 Patenten für neue Pflanzensorten (vor allem Hocher-tragsweizen) rund 240 an Monopole der Lebensmittel-, Chemie- und Ölbranche gegangen. Bereits im Jahre 1975 mußten die Entwicklungsländer rund eine Milliarde Dollar für Schädlingsbekämpfungsmittel und 3,7 Milliarden Dollar für Düngemittel bezahlen. Die Bereitstellung von neuem Saatgut, das zunehmend unter der Kontrolle großer Monopole ist, war in den vergangenen Jahren eine der wichtigsten Formen internationaler, angeblicher öffentlicher Hilfe für die vom Hunger bedrohten Länder. Die Erpressungspolitik der amerikanischen Imperialisten mit ihren Weizenexporten ist seit langem bekannt, und auch der „Rote Morgen" hatte vor kurzem mehrfach darüber berichtet.

So gehörten die beiden wichtigsten US-Getreidemonopole, die Cargill (die 25 Prozent der amerikanischen Weizenexporte bestreitet) und die Continental Grain Company nicht umsonst in den letzten fünf Jahren zu den größten Aufsteigern in der amerikanischen Profitrangliste. Aber auch ein Monopol wie die Royal Dutch/ Shell kontrolliert über 30 Gesellschaften für Saatzucht und Handel in 12 Ländern der Welt.

Man sieht, daß hinter den Programmen, hinter der angeblichen Hilfe, die jetzt endlich eine Wende bringen soll, nur die weiteren Aktivitäten der kapitalistischen Monopole stehen, die sowohl internationale Gremien als auch öffentliche Hilfe in allen Bereichen für die Verstärkung ihrer Positionen nutzen. Die Hilfsprogramme der Imperialisten sind so in Wirklichkeit Hilfsprogramme für die Monopole, um deren Tätigkeit zu erleichtern. Freiheit und Unabhängigkeit werden die ehemaligen Kolonien nur dann wirklich gewinnen, wenn sich die Völker dieser Länder zum Kampf gegen den Imperialismus und die von ihm gekauften reaktionären Klassen ihres Landes erheben.

Helmut Weiss

Israel weltweit isoliert

Jerusalem-Gesetz und Bombenüberfall erzeugen weiter Widerstand

NEW YORK.— Der Sicherheitsrat der UNO verurteilte in der letzten Woche das Jerusalem-Gesetz der zionistischen Begin-Regierung, mit dem diese Stadt auf ewig die ungeteilte Hauptstadt Israels werden soll. Selbst die USA, die sich der Stimme enthielten, verzichteten darauf, ein Veto einzulegen. Am Vorabend der Tagung des Sicherheitsrates hatte die zionistische Armee ihren bis dahin heftigsten Überfall auf den Libanon unter Begins persönlichem Kommando begangen.

Die UNO-Truppen, die sich passiv verhielten, zählten nicht weniger als 2600 Artilleriegeschosse, die die israelische Armee innerhalb weniger Stunden auf das Gebiet dreier Ortschaften im Südlibanon abfeuerten. Bei ihrem anschließenden Einmarsch allerdings stießen sie trotzdem auf erbitterten Widerstand, der zahlreichen Aggressoren das Leben kostete. Die provokativ zur Schau gestellte Meldung, der Exterrorist und heutige Premier Menachim Begin selbst habe diese neuerliche Blutbad geleitet, zeigt, wie der Kurs des Regimes von Tel Aviv immer abenteuerlicher wird.

Ebenso ruft auch die rassistische Siedlungspolitik im Westjordanland immer stärkeren Widerstand hervor. Deren neuer Höhepunkt, das Gesetz über Jerusalem, hat jetzt auch die internationale Isolierung Israels weiter verstärkt.

Unter diesen Bedingungen entfalten die westlichen Imperialisten hektische Aktivität, um zu retten, was zu retten ist. Sowohl verschiedene amerikanische als auch westdeutsche Delegationen haben in den letzten Tagen Israel besucht und dort vor allem Kontakte mit der Arbeiterpartei aufgenommen.

Zusammengefaßt werden diese Aktivitäten in dem Bericht einer SPD-Delegation, die ausdrücklich einen Regierungswechsel in Tel Aviv fordert, um den Geist von Camp David fortzuführen. Die israelische Arbeiterpartei, so steht in diesem Bericht zu lesen, sei gegen die Beginsche Siedlungspolitik und auch gegen einen unabhängigen Palästinenserstaat und garantiere so die Existenz Israels, was unbedingt nötig sei.

Todesurteil gegen Erdal Eren aufgehoben

Ein erster Erfolg der internationalen Solidaritätskampagne

In ihrer Nummer vom August 1980 berichtet die „Stimme der Revolution" (Nachrichtenbulletin der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei) über die Rücknahme des Todesurteils gegen Erdal Eren. Im folgenden eine Übersetzung des Artikels aus dem Englischen.

Das Todesurteil gegen Erdal Eren wurde am 15. Juli vom militärischen Revisionsgericht annulliert. Diesen Beschluß faßte die dritte Kammer des Gerichtes einstimmig, nachdem sie allen Einwänden der Verteidiger Erdal Erens gegen das Urteil des Militärgerichtes von Ankara stattgegeben hatte. Entsprechend den türkischen Prozeßnormen befaßte sich das Revisionsgericht ausschließlich mit dem juristischen Verlauf des Prozesses und fällte dementsprechend seine Entscheidung — der Inhalt des Prozesses wurd nicht behandelt.

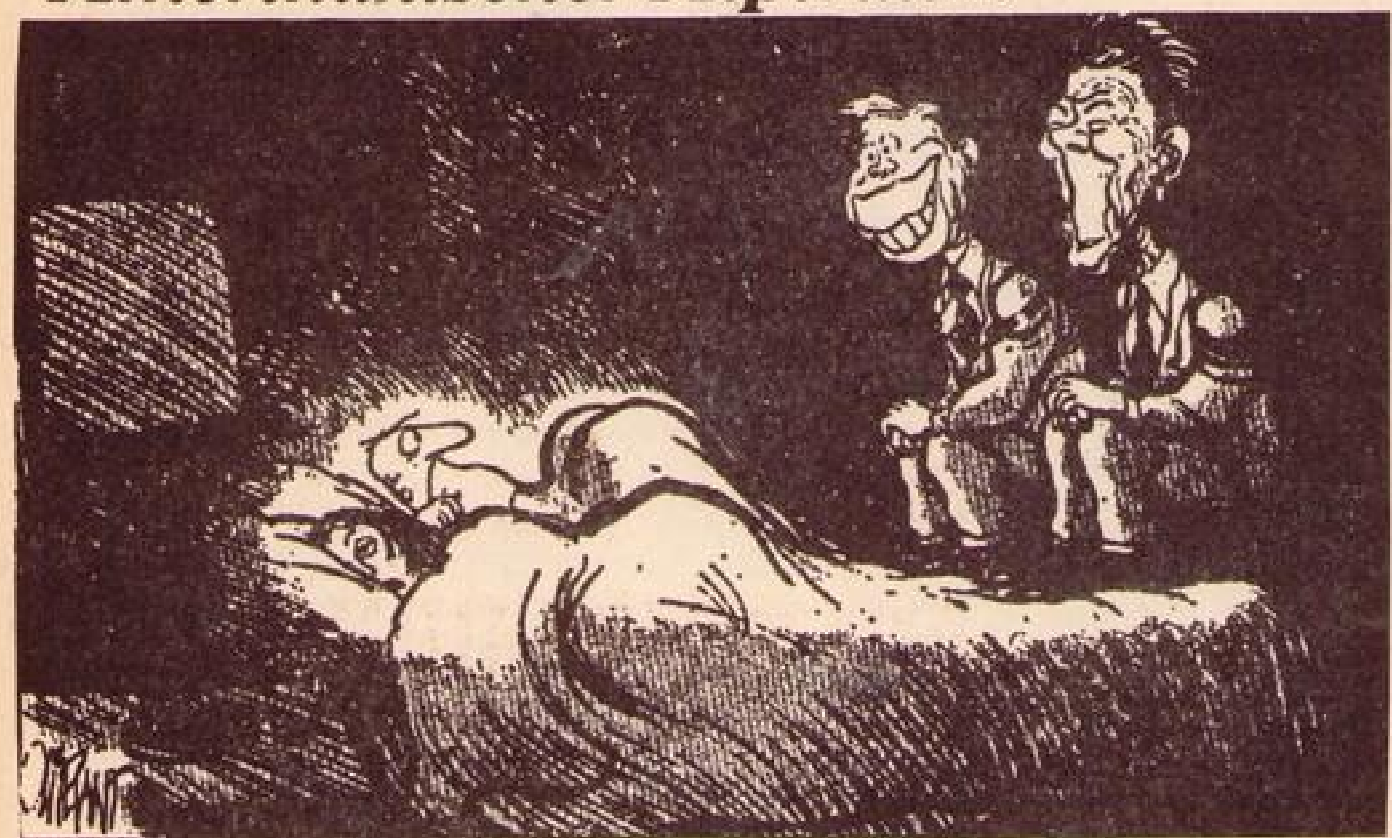
Wie bekannt, nahm Erdal Eren am 2. Februar des Jahres an einer Protestdemonstration gegen den Tod Sinan Suners teil, eines revolutionären Jugendlichen und YDGF-Mitgliedes, der am 30. Januar von der Polizei erschossen worden war. Während der bewaffneten Zusammenstöße bei dieser Demonstration wurde ein Soldat getötet. Eren wurde angeklagt, den Soldaten ermordet zu haben, und nach einem unglaublich kurzen Prozeß von nur drei Verhandlungstagen vom Militärgericht zum Tode verurteilt, in einem Prozeß, bei dem juristische Normen mißachtet, zahlreiche Fragen nicht untersucht und das Recht Erens und seiner Anwälte auf Verteidigung untergraben wurde. Zur selben Zeit betonten die Kriegsrechtskommandantur und Regierungsbehörden, daß das Todesurteil für Eren sicher sei. Das Kriegsgericht von Ankara, dessen Mitglieder von der Kriegsrechtskommandantur eingesetzt wurden, hatte die Aufgabe, das Urteil, das hinter verschlossenen Türen gefällt worden war, der öffentlichen Meinung in der Türkei zugänglich zu machen.

Zehntausende beteiligten sich an der Kampagne der YDGF nach dem Urteil vom 19. März. Überall im Lande wurden Demonstrationen durchgeführt, Plakate aufgehängt, Hunderttausende von Flugblättern verbreitet, die den Widerruf des Todesurteils forderten. Petitionen, von Zehntausenden unterschrieben, wurden dem militärischen Revisionsgericht übergeben.

Die Kampagne des Komitees „Rettet das Leben von Erdal Eren" in Deutschland wurde von der antifaschistischen öffentlichen Meinung Europas stark unterstützt. In der Bundesrepublik beteiligten sich zahlreiche bekannte Schriftsteller, Journalisten und Professoren. Anwälte und demokratische Massenorganisationen an der Kampagne. Zahlreiche Protestbriefe wurden an Minister der Türkei und an das Parlament gesandt, in denen gefordert wurde, das Todesurteil zu verhindern. Veranstaltungen und Demonstrationen wurden in verschiedenen Städten der Bundesrepublik und Europas durchgeführt. Während der Kampagne wurden in der Bundesrepublik 120 000 Flugblätter verteilt, 12 500 Protestbriefe verschickt und über 30 000 Unterschriften gesammelt.

Die Annullierung des Todesurteiles heißt nicht, daß Erdal Eren nicht erneut zum Tode verurteilt werden kann: Der juristische Vorgang ist noch nicht abgeschlossen. Die politischen Verhältnisse und der Kampf der Völker der Türkei sowie die europäische demokratische öffentliche Meinung werden das Entscheidende beim Urteil sein. Der Fall Erdal Eren wird rasch vom Militärgericht erneut behandelt werden.

Amerikanischer Alptraum



„Sind die beiden immer noch da?“

Das „edle“ Geschäft des Völkermords

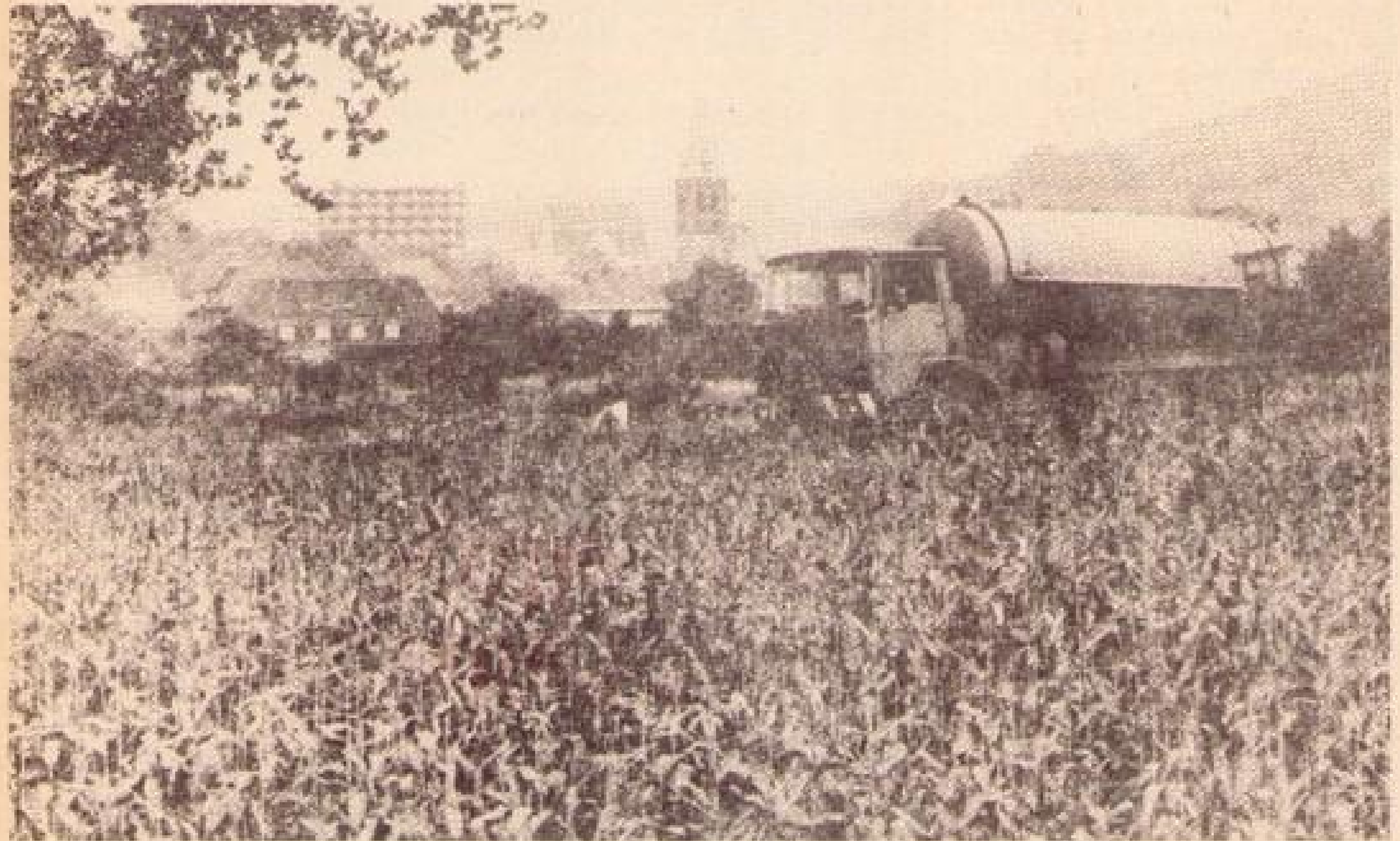
Als Jimmy Carter in seinen ersten Wahlkampf um die Präsidentschaft zog, trat er als Kreuzfahrer für die hohen Ideale der Menschenrechte auf.

Sein diesjähriger Konkurrent, der Ex-Cowboy-Darsteller Ronald Reagan, ist wieder einer, der für die „edle Sache“ streitet. Im Gegensatz zu Carter hat er den Vorzug, auch zu sagen, was er meint. Die „edle Sache“, die Reagan so nachdrücklich verteidigt, ist der barbarische Vietnamkrieg der amerikanischen Supermacht. Vor Veteranen dieses Krieges erklärte der Kandidat in der vergangenen Woche: „Wir würden das Andenken von 50 000 jungen Amerikanern entehren, die für diese Sache gefallen sind, wenn wir uns Schuldgefühlen hingeben würden, als ob wir etwas Schändliches getan hätten.“

Ein Ronald Reagan ist sicher nie von Schuldgefühlen geplagt worden, genausowenig wie die Auftraggeber der amerikanischen Kriegsmaschine in der Wall Street. Man hat ein kleines Land in die Steinzeit zurückbomben wollen. Man hat Städte im Norden dem Erdboden gleichgemacht und Dörfer im Süden mit Napalm niedergebrannt. Und weil man über eine Technik auf höchstem Stand verfügt, sind ganze Landstriche mitsamt den Menschen, Tieren und Pflanzen planmäßig vergiftet worden. So hat man Hunderttausende von Vietnamesen und eben auch jene „50 000 jungen Amerikaner“ umgebracht.

Was soll daran schändlich gewesen sein, fragt Ronald Reagan. Das war eine „edle Sache“, versichert er. Schließlich müssen die Kurse an der Wall Street steigen, und Amerika muß die stärkste Macht der Welt bleiben.

So sind also beide Kandidaten für das höchste Staatsamt in den USA von hehren Zielen durchdrungen. Der eine hat schon gemeinsam mit Somoza, Pinochet und dem Schah für die Menschenrechte gekämpft. Der andere möchte lieber heute als morgen wieder für die „edle Sache“ des Völkermords ins Gefecht ziehen. Genauer gesagt: andere ziehen lassen. Und vielleicht kann Ronald Reagan dann auf der nächsten Feier des Veteranenverbands schon das „Andenken von 500 000 jungen Amerikanern“ hochhalten, die für die „edle Sache“ der Wall-Street-Profite gestorben sein werden.



Auch dieses vergiftete Maisfeld bei Herdecke muß untergepflügt werden

Mit vergiftetem Schlamm gedüngt

Ernte muß vernichtet werden

HERDECKE.— Jahrelang sind Felder am Stadtrand von Herdecke an der Ruhr mit Klärschlamm aus einer Hagener Kläranlage gedüngt worden. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der Schlamm mit hochgiftigem Cadmium verseucht war. Folge: Die Ernte muß vernichtet werden.

Die Untersuchung des Schlammes aus der Hagener Anlage hat überall die Alarmglocken klingeln lassen. Denn im ganzen Bundesgebiet wird mit Klärschlamm gedüngt. Allein der Essener Ruhrverband läßt rund die Hälfte der anfallenden 1,5 Millionen Kubikmeter Klärschlamm zum Düngen abfahren. Der Geschäftsführer des Ruhrverbandes, Imhoff, äußerte sich jetzt zu dieser Praxis: „Bisher hat daran niemand Anstoß genommen.“ Wie sollte auch. Denn so unglaublich es klingt: Bislang ist der Klärschlamm, der dann auf die Felder transportiert wurde, nirgendwo untersucht worden, obwohl den Behörden doch klar sein müßte, daß in die Kläranlagen auch giftige Industrieabwässer fließen.

Und als das Landwirtschaftsministerium in Düsseldorf als erste Behörde überhaupt eine Untersuchung des Schlammes anordnete, gab es gleich die alarmierenden Ergebnisse von Herdecke. Der Cadmiumanteil überschritt dort die zulässige Menge um das Siebenfache.

Die Bauern bekommen jetzt zwar ihre untergepflügte Ernte vom Staat ersetzt. Was dann aber weiter geschieht, ist noch ungewiß. Denn nach Meinung von Experten kann es Jahrzehnte dauern, bis der Boden wieder entgiftet und neu bebaubar ist. Und ungewiß bleibt natürlich auch, wo sonst noch mit dem Klärschlamm Gift auf die Felder gerieselt ist. Entsprechende Untersuchungen sind also dringend nötig.

Führers Geburtstag

In früheren Zeiten übten die Herrscher einen hinterhältigen Brauch aus. Den Tag ihrer Geburt, der von Beherrschten offen oder heimlich verflucht wurde, erklärten sie zum nationalen Feiertag. Da wurde dann mit Militärparaden und allerlei Schnickschnack Kaisers Geburtstag gefeiert.

Als die deutschen Monopolherren Hitler an die Macht geschoben hatten, verordnete der dem geknechteten Volk alljährlich das Abfeiern vom „Führer-Geburtstag“.

Und jetzt ist es wieder soweit. Am 6. September steht der Bundesrepublik ein denkwürdiges Ereignis ins Haus: Franz Josef Strauß erreicht das Rentenalter. Und der bayrische Führer will es bei diesem Anlaß nicht bei der einmaligen Feier dieses Ereignisses belassen. Er läßt sich gleich eine ganze Woche lang, in Bonn wie in München, von denen huldigen, die dazu bereit sind. Es geht los mit einer Gratulationscour im Münchner Prinz-Carl-Palais, wo Strauß in angemessener Umgebung „viele hundert Gäste“ erwartet.

Am 11. September hält Strauß dann im Bonner Konrad-Adenauer-Haus Hof. Hier möchte er — wie es heißt — „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ empfangen. Aber was ein echter Führer ist, dem reicht das alles noch nicht aus. Der möchte an seinem Jubeltage seine gesamte Gefolgschaft zur Huldigung um sich versammeln. Und genau das soll am 13. September in der Münchner Olympiahalle geschehen. 10 000 bis 12 000 Anhänger wollen Straußens engste Gefolgsleute aufbieten, um ihrem Boß eine besonders berauschende Jubelfeier zu bieten. Da werden die Stoiber und Tandler dann aber strenge Gesichtskontrollen durchführen lassen müssen. Denn sonst kommen am Ende noch diejenigen in die Olympiahalle, die nichts weiter im Sinn haben, als den Führer zu seinem 65. endgültig aufs Altenteil zu verjagen.



Strauß, verkleidet als Mittenwalder Gebirgsschütze, beim Festumzug anläßlich seines 60. Geburtstags

Nazi-Witz

Ein schon lange in den Hetzschriften der faschistischen Banden kursierender Witz hat jetzt auch Eingang in die Propaganda der Strauß-Partei gefunden. In den von der Jungen Union Dortmund herausgegebenen „Nord-Ost-Nachrichten“ wird die Frage gestellt: *„Wann ist die Bundesrepublik wieder in Ordnung? Wenn der Bundeskanzler Strauß am Grab von Willy Brandt die Witwe von Herbert Wehner fragt: ‚Wer hat eigentlich Egon Bahr erschossen?‘“*

Ja wer eigentlich? Gab es da nicht einen prominenten Politiker, der sich den Weg zur Macht nach eigener Aussage mit der Maschinenpistole bahnen wollte? Den Namen dieses Mannes zu nennen, ist leider gerichtlich verboten. Die Junge Union aber wird ihn sicher gut kennen. Und ihr ist immerhin die Erkenntnis zu verdanken, daß die Wahlkämpfer des F.J. Strauß selbst ihre Witze aus den Jauchegruben der faschistischen Rufmord-Hetze schöpfen.



Montag, 1. September, 16.15 Uhr, ARD

Schaukelstuhl. Die Sendung berichtet über die Probleme der Elbfischer, die im Kampf für ihre Existenz stehen. Vor 50 Jahren gab es auf der Unterelbe noch 1 200 Fischkutter, heute sind es nur noch 10. Ein Schwerpunkt der Sendung ist die zunehmende Vergiftung der Elbe durch Industrieabwässer.

•

Montag, 1. September, 20.15 Uhr, ARD

Abschied vom Frieden. Letzter Teil der Verfilmung von F.C. Weiskopfs Roman über den Untergang einer Verlegerfamilie am Vorabend des ersten Weltkrieges.

•

Dienstag, 2. September, 20.15 Uhr, WDR III

Die Kölner Besetzung. Der Film behandelt die Besetzung des leerstehenden Gebäudes der Stollwerck-Fabrik, die vor einigen Wochen mit Polizeigewalt gebrochen wurde.

•

Donnerstag, 4. September, 21.45 Uhr, NDR III, Hessen III

Lebensgeschichte des Bergarbeiters Alphons S. Neue Folge einer Serie, in der die Geschichte von "unten", aus der Sicht eines Arbeiters dargestellt wird.

•

Freitag, 5. September, 21.15 Uhr, ZDF

Schauplätze der Weltliteratur. Martin Schießler reiste auf den Spuren Jack Londons durch Alaska.

•

Freitag, 5. September, 22.20 Uhr, ZDF

Aspekte. Schwerpunktthema der Sendung ist die Industriekultur. Es geht dabei vor allem um ein Projekt der Stadt Nürnberg, die mit einem „Museum für Industriekultur“ die Sozialgeschichte der Arbeitswelt sichtbar machen will.

•

Freitag, 5. September, 20.15 Uhr, NDR III, Hessen III

Richard Scheringer. Gespräch von Christian Geissler mit dem ehemaligen Reichswehrleutnant Scheringer, der in den Anfangsjahren der Weimarer Republik in der faschistischen Bewegung aktiv war und zu Beginn der dreißer Jahre den Weg zur KPD fand. (Heute ist Scheringer Mitglied der revisionistischen DKP)

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **Bochum**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr. 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, [illegible] Str. [illegible], Tel.: 0203/44 30 14

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **Freiburg**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

3000 **Hannover**, Parteibüro der KPD, Ellisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

[illegible]00 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di. und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 16-18 Uhr, Sa 11-13 Uhr.

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.